

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Insetate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4935

Berlin, 15. Dezember 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 50

## Eine neue Regierung

Die Bildung der Regierung nach dem Rücktritt Papens vollzog sich unter großen Hemmungen und Hindernissen, die ihr immer wieder von den monarchistisch gesinnten Kräften in den Weg gestellt wurden. Der erste Akt brachte den Faschistenführer in die größte Verlegenheit. Aus dem der Öffentlichkeit übergebenen Briefwechsel mit der Reichskanzlei sind nicht un schwer die feinen Fäden zu erkennen, in deren Schlingen sich die Faschisten fangen mußten. Die Nazis haben zum zweiten Male bewiesen, wie tolpatschig sie handeln, wenn sie zur Verantwortung herangeholt werden sollen. In den weiteren Bemühungen trat recht offensichtlich die herzliche Zuneigung des Reichspräsidenten zu Papen in die Erscheinung. Immer wieder wurde von dieser Stelle der Versuch unternommen, den früheren Regierungschef mit der Bildung der neuen Regierung zu betrauen. Als sogar dieses Bestreben in der Öffentlichkeit durchsickerte, wurde ein Sturm der Entrüstung verursacht, durch den auch dem Reichspräsidenten bewußt werden mußte, daß Papen niemals mehr als Reichskanzler in Frage kommen kann. Damit war das Schicksal Papens entschieden. Reichswehrminister Schleicher wurde mit der Bildung des neuen Reichskabinetts beauftragt. Die neue Regierung setzt sich aus verschiedenen Männern der Papen-Regierung, dem neu hinzugekommenen Dr. Bracht als Reichsminister des Innern und Dr. Syrup als Reichsarbeitsminister zusammen. Als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung wurde in das Kabinett Dr. Gereke genommen.

Inwieweit die neue Regierung bestrebt ist, die Trümmer des früheren Kabinetts Papen aus dem Weg zu räumen, werden wir bald gewahr. Nach den an die Öffentlichkeit gedruckenen Erklärungen des Reichskanzlers soll er bereit sein, die September-Notverordnung über den einseitigen tariflichen Lohnabbau zu beseitigen, die Bestimmungen über die Sondergerichte sollen verschwinden und eine allgemeine Amnestie der Verurteilten erfolgen. Die unter Papen protegierte Kontingentierungspolitik für die Landwirtschaft soll beseitigt werden. In dieser Frage soll eine Verständigung zwischen dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichswirtschaftsminister erfolgt sein.

Wie groß die engere Verbindung zwischen dem Reichspräsidenten und Papen war, geht weiter aus einem besonders bemerkenswerten Handschreiben des Reichspräsidenten hervor, nach dem er schweren Herzens von ihm scheidet. Sein Vertrauen und seine Achtung für Papen und sein Wirken bleiben unvermindert, der Reichspräsident wird die Zeit der Zusammenarbeit mit Papen nie vergessen.

Die 16 Tage währende Regierungskrise war reichlich mit Intrigen umrahmt. In den Kreisen um den Reichspräsidenten wurde mit größter Energie daran festgehalten, eine Regierung zu formen, die unabhängig vom Parlament sein sollte. Es wurden Worte geprägt wie Präsidial- und autoritäre Regierung. Gewiß sind das keine Neuerscheinungen. Es ist selbstverständlich, daß eine Regierung Autorität besitzen muß. Papen war aber die ungeeignetste Person, sich Autorität zu verschaffen. Mit einer unerhörten Wurstigkeit setzte er sich über den Reichstag und das Volk hinweg, immer wieder neue Provokationen in die Öffentlichkeit werfend, wodurch er sich letzten Endes jede Unterstützung, auch von den bürgerlichen Parteien, verscherzen mußte.

Es wäre das größte Unglück für das deutsche Volk gewesen, wenn Papen erneut zum Zuge gekommen wäre. Die unter seiner Amtstätigkeit erlassenen Verordnungen, seine unverantwortliche Einstellung zu der werktätigen Bevölkerung, seine einseitige Bevorzugung der Großagrarien hat solche ungeheuren Erschütterungen im Wirtschaftsleben verursacht, daß lange Zeit darüber hinweggehen wird, um den Boden zur Beseitigung des Mißtrauens ebnen zu können. Das Reich ist während dieser Zeit noch tiefer in die Schulden hineingeraten. Es wurde gegen den Wohlfahrtsstaat gekämpft und der schwerreichen Kaste der Großagrarien mit vollen Händen gegeben.

Der neue Regierungschef wird große Anstrengungen unternehmen müssen zur Erreichung geordneter Verhältnisse. Wie die Gewerkschaften sich zu ihm einstellen, haben wir bereits durch die Veröffentlichung eines Briefes vom Vorstand des ADGB. an ihn in der letzten „Einigkeit“ erwähnt. Wir wollen nun die Taten abwarten, die von der neuen Regierung zur Belebung der Wirtschaft unternommen werden. Auf alle Fälle bietet der Arbeiterschaft die Zusammensetzung des Reichskabinetts keine Gewähr dafür, daß den gerechten Wünschen der Arbeiterschaft entgegengekommen wird. Der neue Reichsminister des Innern

ist infolge seiner Tätigkeit unter Papen viel zu gut bekannt. Was wir von Dr. Syrup als Reichsarbeitsminister zu erwarten haben, muß erst die Zeit lehren. Man könnte gewiß auf Grund seiner Vergangenheit annehmen, daß er größere Sachkenntnisse und Eigenschaften zum Reichsarbeitsminister besitzt als sein Vorgänger. Seine Leistungen als Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst deuten noch nicht darauf hin, daß er die Energie als Reichsarbeitsminister besitzt, um raschestens den dringenden Anforderungen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Der Regierungschef hat wohl anläßlich einer Unterredung mit den Führern des ADGB. sein Entgegenkommen zu den Arbeitsbeschaffungsplänen des ADGB. durchblicken lassen. Wird er die Kraft aufbringen sein Wort einlösen zu können.

Der neuen Regierung harren große Aufgaben, wenn das Wirtschaftsleben wieder flottgemacht werden soll, und eine der ersten wird sein, daß nur dann der Wirtschaft geholfen werden kann, wenn eine Hebung der Kaufkraft eintritt und wenn endlich der Forderung der Gewerkschaften, gesetzliche Durchführung der 40-Stunden-Woche, Rechnung getragen wird. Diese vordringlichsten Ziele müssen sofort in Angriff genommen werden. Wird die neue Regierung dazu die Kraft haben?

## 50 Jahre Badischer Bäckermeister-Verband

In diesen Tagen bestand die Landesorganisation der Badischen Bäckermeister 50 Jahre. Am 19. Juni 1882 wurde in Baden-Baden der Verband gewerbetreibender Bäckermeister Badens gegründet und der Anschluß an den „Germania“-Verband vollzogen. Wer aber glaubte, daß im badischen „Musterlände“ die Bäckermeister auch eine Musterorganisation mit sozialem Weitblick errichtet hätten, der befindet sich im Irrtum. Stets sehen wir den badischen Innungsverband in den Reihen derjenigen, die gerne das Rad der Zeit zurückdrehen wollen. Insbesondere wurde der etwa ein Jahrzehnt später einsetzenden freigewerkschaftlichen Agitation der Gehilfen größte Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Nur in unsäglichen Bemühungen war es möglich, in den größeren Städten die gewerkschaftliche Bewegung dauernd verankern zu können. Immer wieder wurden unsere führenden Kollegen gemäßigelt, auf die schwarze Liste gesetzt und von der Arbeitsvermittlung nach badischen Bäckereien ausgeschlossen. Es war eine mühevollte Arbeit, die unsäglich traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfen tariflich regeln zu können. Die denkbar größten Widerstände leistete besonders der Vorstand des Innungsverbandes. Wenn auch da und dort Innungen bereit waren, mit der gewerkschaftlichen Organisation Tarifverträge zu vereinbaren, so wurden solche Bestrebungen von der Verbandsleitung immer wieder zerschlagen.

Weit entfernt waren die Verbandsführer von dem sonst im allgemeinen herrschenden demokratischen Geist in Baden; ihre Bemühungen waren, die alten überlebten vorsintflutlichen Zustände in den Bäckereibetrieben zu konservieren, und mit größter Kraftanstrengung wurde auch jedem sozialen Fortschritt entgegengetreten. Als im Jahre 1896 durch die Bundesratsverordnung die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt wurde, dauerte es noch viele Jahre, bis endlich in den Betrieben Ordnung geschaffen werden konnte. Diese antisoziale Einstellung haben nicht nur die alten Führer zu ihren

Lebzeiten strikte eingehalten, auch die junge Generation folgte getreulich in ihren Fußtapfen. Aus Baden kamen die ersten Vorstöße gegen das gesetzliche Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit. Es wurde ein früherer Arbeitsbeginn gefordert, mit der Begründung, daß in den Morgenstunden die Nachfrage nach frischen Brötchen bei dem Sechsuhranfang nicht befriedigt werden kann. 1929 beschloß der Verbandstag in Freiburg i. B. den Vieruhrarbeitsbeginn zu fordern. Das war selbst den übrigen Zweigverbänden im „Germania“-Verband zu reaktionär, und die Badenser hatten kein Glück mit ihrem sozialrückständigen Verlangen.

Bezeichnend ist auch die Festrade, die zu diesem Anlaß von Bäckermeister Wilhelm Scherer, Freiburg i. B., gehalten wurde. Daraus ist die ganze Engstirnigkeit dieser Unternehmerorganisation zu ersehen. Warum sich ausgerechnet der Badische Bäckermeister-Verband bemüht, gegen die Militärbäckereien und Brotfabriken den Abwehrkampf zu führen, das ist unverständlich. Längst sind die Militärbäckereien so dezimiert, daß sie als Konkurrenzunternehmen nicht mehr in Frage kommen, und die Brotfabriken sind in Baden so dünn gesät, daß sie ebenfalls als Konkurrenzunternehmen für die Handwerksbetriebe nicht in Betracht kommen. Es muß aber etwas geschehen, um ein Zugmittel in der Hand zu haben.

Ausgezeichnet hat es der Verband verstanden, eine fast 100prozentige Organisation zu schaffen. Dem Verband, der in neun Bezirke geteilt ist, gehören 59 Innungen mit 4410 Mitgliedern an. Großes könnte in einer solchen Organisation geleistet werden, wenn ein fortschrittlicher Einschlag bei den Führern vorhanden wäre. Immerhin beweist die Unternehmerorganisation, daß sie den Gedanken der Solidarität viel besser begriffen hat als die Gehilfenschaft. Dem geschlossenen Unternehmerverband steht eine arg zersplitterte Gehilfenschaft in allen möglichen Lokalvereinen gegenüber.

Dadurch ist sie stets im Hintertreffen bei Aktionen, die in ihrem Interesse durchzuführen sind. Die große Lehrlingszüchtereier trägt wesentlich zu dieser Erscheinung bei. Alle paar Jahre wird der Gehilfenstand vollständig neubesetzt durch den jungen Nachwuchs, und fast alle diese jungen Leute, hervorgegangen aus den kleinlichen Verhältnissen im Betriebe ihres Lehrmeisters, leben in dem Gedanken, selbständig werden zu können. Diese Einstellung nützen die Bäckermeister weidlich aus, denn sie wissen nur zu gut, daß das Selbständigwerden für alle nicht möglich ist.

Alte Gehilfen finden wir nur zu einem kleinen Prozentsatz, und zwar nur in den größeren Städten vertreten. Alljährlich müssen viele Tausende Gehilfen aus ihrem erlernten Beruf abgehen, denn jüngere Kräfte werden zum Ueberfluß in den Handwerksbetrieben herangezogen. Wird in der kommenden Zeit die Kollegenschaft einsehen, daß sie dem Beispiele der Bäckermeister folgen muß, wenn auch sie eine Sicherung ihrer Existenz im erlernten Handwerk durchführen wollen?

## Wochenschau

**Neue Reichsregierung.** Nachdem v. Papen bis zum letzten Augenblick starker Favorit auf den Reichskanzlerposten war, beauftragte Hindenburg v. Schleicher mit der Kabinettsbildung. Die neue Reichsregierung setzt sich wie folgt zusammen: Reichskanzler und Reichswehrminister v. Schleicher, Außenminister v. Neurath, Innenminister Dr. Bracht, Wirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold, Arbeitsminister Dr. Syrup, Ernährungsminister v. Braun, Finanzminister v. Schwerin-Krosigk, Verkehrsminister v. Eitz-Rübenach, Justizminister Dr. Gürtner, Minister ohne Portefeuille und Reichskommissar preußischer Finanzen Dr. Popitz.

**Mißtrauensantrag der SPD.** Unmittelbar nach Bekanntwerden der Zusammensetzung der neuen Reichsregierung brachte die SPD. im Reichstag ein Mißtrauensvotum ein.

**Das Präsidium des Reichstages.** Zu Präsidenten des Reichstages wurden Göring (Nazi), Esser (Zentrum), Rauch (Bayr. Volkspartei) und Paul Löbe (SPD.) gewählt.

**Anträge der SPD. im Reichstag.** Die Sozialdemokratische Partei brachte folgende Anträge im Reichstag ein: Aufhebung der Notverordnungen vom 14. Juni und 5. September, Durchführung einer Winterhilfe für Bedürftige und Wiederauszahlung aller Unterstützungen und Renten in der Höhe vor der Verkündung der Notverordnungen.

**Hitlers Absturz.** Bei den Gemeindewahlen am 4. Dezember in Thüringen verloren die Nazis weitere 160 000 Stimmen. Der Stimmenverlust beträgt teilweise bis zu 40 Proz.

**Die Krise in der NSDAP.** In der NSDAP. herrscht offener Aufruhr gegen die oberste Parteileitung. Gregor Straßer hat sich von Hitler auf drei Wochen „beurlauben“ lassen und soll gleichzeitig seine Parteiämter und sein Reichstagsmandat zur Verfügung gestellt haben. Die „Beurlaubung“ Straßers, derzufolge Krankheit vorgeschoben wird, hängt mit innerparteilichen Auseinandersetzungen bei den Nazis zusammen. Straßer ist für eine Regierungsbeteiligung der Nazis und wurde gleichzeitig als Kandidat für den preußischen Ministerpräsidentenposten genannt. Der Klüngel um Hitler schlug dazu aber Göring vor, demzufolge es zwischen den Straßer- und Göring-Goebbels-Flügeln zum offenen Konflikt kam.

**Zehn Millionen Unterstützungsbedürftige.** Der Deutsche Städtetag teilt mit, daß zur Zeit in Deutschland 10 Millionen Unterstützungsbedürftige vorhanden sind. Davon stellen die Wohlfahrts-erwerbslosen weit über 2 Millionen.

**Arbeitsdienstpflicht unmöglich!** Die Nazis propagieren auch wie vor die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Reichsarbeitsminister Dr. Syrup erklärte vor dem Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages, daß es unmöglich sei, sie zu verwirklichen. Würden von einem Jahrgang allein 500 000 junge Leute eingestellt, müßte der Betrag von 500 Millionen Mark aufgewendet werden. Dazu stehen aber die Mittel nicht zur Verfügung.

**Amnestie beschlossen.** Der Rechtsausschuß des Reichstages stimmte mit Zweidrittelmehrheit einer Amnestie für politische Verbrechen zu. Straffreiheit soll allen politisch Verurteilten gewährt werden, soweit die Freiheitsstrafe die Zeitdauer von fünf Jahren nicht übersteigt. Längere Strafen sollen gemildert werden. Ausgenommen von der Amnestie sind Verbrechen gegen das Leben, Sprengstoffvergehen, Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse.

**Ballerjahns freigesprochen.** Der zu 15 Jahren Zuchthaus im Jahre 1925 unschuldig verurteilte Lagerverwalter Ballerjahn wurde im Wiederaufnahmeverfahren vor dem Reichsgericht freigesprochen.

**Regierungskrise in Frankreich.** Das Kabinett Herriot ist mit Rücksicht auf die Unnachgiebigkeit Amerikas in der Frage der Schuldzahlung von einer Kabinettskrise bedroht.

**Das fehlte noch!** Der Frontkrieger-Bund E. V. sammelt in Bayern Unterschriften für ein Volksbegehren auf Wiederherstellung der Wehrpflicht. Wer steckt hinter dieser Aktion?

## Wer erkämpfte die Sonntagsruhe?

Während die Handwerksmeister in der „guten alten Zeit“ besonderen Wert darauf legten, daß die Gesellen den Sonntag heilig hielten und nicht verabsäumten, in die Kirche zu gehen, hat die Entwicklung zum kapitalistischen Betrieb den Sonntag für die Arbeiter zum Werktag gemacht. Auch in den Brauereien ist die Sonntagsarbeit besonders kraß in Erscheinung getreten. Genau wie an den übrigen Werktagen begann die Arbeit früh um 3 Uhr und dehnte sich aus bis zum späten Nachmittag. Begünstigt wurde diese moderne Sklaverei durch den auf die Brauer ausgeübten Zwang, in den Brauereien zu wohnen und zu essen.

Der Kampf gegen diese aller Menschenwürde hohnsprechenden Ausbeutung der Brauerarbeiter wurde bereits aufgenommen, ehe es zur Bildung von Organisationen kam. Erzielt wurde so gut wie nichts,

## Keine Beitragsrückstände!

**Am 17. Dezember ist der 52. Wochenbeitrag fällig**

denn gegen die Willkür der Unternehmer und ihrer Büttel waren die nur schlecht vorbereiteten Abwehraktionen nicht schlagkräftig genug. Selbst die Aenderung der Gewerbeordnung, die die Sonntagsarbeit weitgehend einschränkte, hat wenig Abhilfe schaffen können. Ueberdies waren die Unternehmer bestrebt, von dem Bundesrat Ausnahmebestimmungen zu erlangen, damit auch weiterhin Sonntags gearbeitet werden konnte. Aus der damals eingereichten Begründung zu diesem Verlangen soll als charakteristisch nur der letzte Absatz wiedergegeben werden, der den Nachweis liefern sollte, daß zur Pflege des Bieres auch nach der Hauptgärung Sonntagsarbeit erforderlich ist. Er lautete:

„Nachdem die Hauptgärung beendet ist, muß das Bier auf die im Lagerkeller befindlichen Stückfässer gebracht werden. Auch die hiermit in Verbindung stehenden Arbeiten, das sogenannte Schlauchen oder Fassen des Bieres, müssen sich an den vorhergehenden Arbeiten unmittelbar anschließen, da ein Aufschub, wenn auch nicht immer Verderben, so doch eine wesentliche Verschlechterung der Qualität des Bieres herbeiführen kann, dagegen ist anzuerkennen, daß einige andere, in den Lagerkellern vorkommenden Arbeiten, wie das Spänen, Spunden, Absehen auf die Wochentage verlegt werden kann.“

Es ist unschwer aus diesem Absatz herauszulesen, wie zähe die Brauereigewaltigen an der Sonntagsarbeit festhielten.

In einer Petition an den Bundesrat nahm der Vorstand des Brauereiarbeiterverbandes gegen die Unternehmerforderungen Stellung. Er erbrachte den Nachweis, daß außer im Gärkeller und in der Mälzerei in keiner Abteilung Sonntagsarbeit verrichtet zu werden braucht. Trotzdem sind Ausnahmebestimmungen ergangen, die für Sonntagsarbeit einen weiten Raum ließen.

Die inzwischen erstarkte Organisation nahm den Kampf auf in der Erkenntnis, daß der Arbeiterschaft niemand anders hilft, wenn sie sich nicht selber hilft. Bei keiner Forderung an die Unternehmer fehlte das Verlangen, die Sonntagsarbeit zu beseitigen. Im Jahre 1898 kam es in Erfurt deshalb zum offenen Kampf, der verloren ging. Der beschrittene Weg wurde trotz dieses Schlages nicht verlassen. Mit Hartnäckigkeit wurde vor jedem Vertragsabschluß um eine Verkürzung der unbezahlten Sonntagsarbeit und Bezahlung der darüber hinausgehenden Arbeitsleistung gerungen. Die Brauereiarbeiter standen mit wenigen Ausnahmen immer geschlossen hinter ihrer Verhandlungskommission. Diese zähe Kleinarbeit führte zum Ziel. Schon Jahre vor dem Krieg gab es keinen Vertrag mehr, der Sonntagsarbeit zuließ, es sei denn, daß sie nach den festgelegten Sätzen bezahlt wurde.

Heute ist die Sonntagsruhe in manchen Betrieben durch leichtsinnige Gleichgültigkeit vieler Kollegen ernstlich bedroht. Stärkt die Organisation, denn niemals mehr darf die Woche sieben Arbeitstage haben.

## Überall spukt die Schlachtsteuer!

Wir lehnen die Schlachtsteuer nicht nur deshalb ab, weil sie eine der unsinnigsten Steuern ist, sondern weil wir Gegner jeder indirekten Steuer sind, die nur dazu führt, den Verbrauch zu knebeln. Als sie in Preußen eingeführt wurde, stand unsere Organisation in vorderster Front und protestierte auf das heftigste. Wie aber kam es zur Schlachtsteuereinführung in

Preußen? Es war unmittelbar die Tat des ehemaligen Reichskanzlers Papen, der dem Staat Preußen die Rückerstattung von 100 Millionen Mark vorenthielt, andererseits aber den Ausgleich des preußischen Etats verlangte. Er drohte im Hintergrund mit dem Reichskommissar für Preußen. Die rechtmäßige preußische Staatsregierung beugte sich dem Druck, beschloß die Schlachtsteuer, und nun setzte in allen Lagern die politische Ausschlichtung ein.

Insbesondere waren es die Fleischermeister, die nicht genug über das „marxistische“ System schimpfen konnten. Sie präparierten sich für die Nazis, die aus „gewerbefreundlichen“ Gründen die Aufhebung der Schlachtsteuer in Preußen beinahe ein halbes Jahr und kein Nazi denkt daran, sein Versprechen einzulösen. Mit ihrer Regierungskunst ist es schlecht bestellt. Wo sie regieren, nimmt der finanzielle Dalles täglich größte Umfang an. Deshalb führten auch national-„sozialistische“ Regierungen die Schlachtsteuer ein. In Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg und Hessen ist sie beschlossen, auch in Braunschweig wird sie eingeführt.

Das hat bei den Fleischermeistern gewaltig eingeschlagen. Die nicht wissen, was für eine Politik sie betreiben und unterstützen sollen, haben einen Kaltwasserstrahl erhalten. In allen ihren Innungsver-sammlungen, auf Obermeistertagungen und in ihren Organen agitierten sie für die national-„sozialistische“ „Arbeiter“partei und ließen lange Salbungsreden vom Stapel. Diese politische Krankheit griff aber auch auf den Deutschen Fleischergesellen-Bund über. Es ist kein Geheimnis, daß sich der DFB. schon heute mit Haut und Haaren den Nazis ausgeliefert hat. Seine Bundestagungen beweisen das. Es sei nur an Bielefeld erinnert. Und nun ist der Kladderadatsch da. Sie müssen mit ansehen, daß sie nur ein Opfer national-„sozialistischer“ Großmäuligkeit geworden sind und ein neues „System“ aufge-zogen wird, das überall die Einführung der Schlacht- und Ausgleichssteuer als Allheilmittel propagiert. Welcher politischen Richtung werden sich nunmehr diese politischen Stümper anschließen. Daß dabei die Interessen der Kollegenschaft mit Füßen getreten werden, rührt diese Leute nicht.

Es ist höchste Zeit, die Fleischergesellen und Verkäuferinnen lernen begreifen, wie schlecht sie durch den DFB. beraten sind. Eine Führung, die nicht nur kopflos ist, sondern auch den politischen Verstand verloren hat, taugt schlecht für die Fleischergesellen. Ihnen kann nur eine klare, zielbewußte Führung förderlich sein, der als oberster Leitstern immer wieder die Interessen ihrer Mitglieder vorschweben. Die Führung in diesem Kampfe hat der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Sie ist getragen vom Vertrauen ihrer Mitglieder und weicht nicht von dem Weg ab, alles, aber auch alles zu unternehmen, was ihren Mitgliedern dienlich ist. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, her zu uns!

## Schrecken der Arbeitslosigkeit

Die Massenarbeitslosigkeit in allen Industriestädten der Welt ist der wunde Punkt unserer gesellschaftlichen Ordnung. Die planlose Produktion bringt es mit sich, daß viele menschliche Arbeitskräfte überflüssig werden. Immer mehr Proletarier werden aufs Pflaster geworfen und dadurch der Not und dem Elend überlassen. Arbeitslos — welch ein schreckliches Wort für den Arbeiter; es bedeutet für ihn Erniedrigung, Landstreicherei, Bettelei, Obdachlosigkeit, Hunger, Krankheit und die beständige Versuchung zu Vergehen und Verbrechen. Ist der ledige Mann ohne Arbeit, so greift er vielfach zum Wanderstab und zieht von Ort zu Ort, Arbeit suchend, Brot heischend, von herzlosen Menschen verhöhnt und beschimpft, von der Polizei ständig wie ein Verbrecher überwacht. Nach einigen Wochen zerlumpen seine Kleider, sein Körper verfällt und er erscheint als sogenannter Landstreicher, dem man scheu aus dem Wege geht. Haß und Rache gegen die Welt erfüllen sein Gemüt, er wird gleichgültig gegen Recht und Unrecht, gegen den Staat und die Gesellschaft. Da tritt der Versucher dutzende Male an ihn heran und er tut den ersten Schritt auf der Bahn des Verbrechens. Weit, weit weg ist sein mahnendes Mütterlein und sein warnender Vater. Als Lump bringt man den verzweifelten Eltern den Sohn zurück. War es ein Wunder, daß er fiel? Nein, er ist vielfach ein Unglücklicher, eines der vielen Opfer unserer heutigen morschen Gesellschaftsordnung.

Schrecklicher noch als für den Unverheirateten ist die Arbeitslosigkeit für den Familienvater, namentlich für den älteren Mann. Er kann nicht in die Welt hinauslaufen. So geht er jeden Morgen, nach Arbeit suchend, und jeden Abend kommt er ohne solche heim, wo er ein jammerndes, verhärmtes Weib und hungernde Kinder um sich hat. Im Sommer kann man die Arbeitslosigkeit noch eher ertragen; es gibt schließlich ein paar Rüben oder dergleichen auf dem Felde und im Herbst Obst, um einigermaßen den qualenden Hunger stillen zu können. Auch kann man die Nächte in Freien zubringen und braucht in keiner Herberge teures Schlafgeld für ein Lager voll Ungeziefer zu zahlen. Freilich, die Ordnung duldet es nicht, daß der Arme im Freien wohnt. Erwischt ihn

die Polizei, so wird er verhaftet und bestraft; ein ähnliches Schicksal ist auch den weiblichen Erwerbslosen beschieden. Wie ist es erst im Winter, arbeitslos zu sein. Das ist der Gipfel der Schrecken. Die Kälte hat kein Erbarmen. Sie reizt noch den Hunger und raubt dem Hungernden und Frierenden alle Energie oder treibt ihn rasch zur Verzweiflungstat gegen andere oder gar gegen sich selbst. Er begeht Selbstmord.

Die Verzweiflung ist zu begreifen, denn was muß der hungernde und frierende Arbeitslose von Tag zu Tag nicht alles sehen. Alle Läden und Lager sind mit Waren aller Art überfüllt. In den Großstädten herrscht schärfster Kontrast zwischen üppigstem Reichtum und bitterster Armut und Entbehrung. Er muß sehen, wie andere sich vergnügen und ungeheure Summen für nichtige Spielereien hinausgeworfen werden. Selbst Hunde und Katzen der Reichen werden mit Leckerbissen gefüttert und mit Pelzen bekleidet, auf Wolle und Federn gebettet. Er muß sich fortgesetzt als Aschenbrödel der Menschheit betrachten in jeder Hinsicht. Hat er ein solches hartes Schicksal verdient? Gewiß nicht, denn er ist eines der vielen Opfer der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Arbeitslos sein heißt elend sein. Wie glücklich der Mensch, der noch Arbeit und Brot hat.

H. Sch.

## Verkaufszeit und 4-Uhr-Arbeitsbeginn

Wie wir voraussagten, so ist es auch gekommen. Durch die Verordnung des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, nach der die Verkaufszeit auf 6½ Uhr vorverlegt wurde, melden sich bereits diejenigen Bäckermeisterinnungen, die seit Jahr und Tag bestrebt waren, einen früheren Arbeitsbeginn zu erreichen. Kürzlich fand eine Protestkundgebung der bayerischen Bäckermeister in München statt, die auch zu einem Schreiben des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit Stellung nahm, das an den bayerischen Bäckerinnungs-Verband gerichtet war und in dem angefragt wurde, wie sich die bayerische Bäckermeisterorganisation zu der Vorverlegung der Verkaufszeit stellt. Von dem Redner wurde dazu erwähnt, wenn eine frühere Verkaufszeit festgesetzt wird, dann müsse auch der Arbeitsbeginn auf 4 Uhr morgens festgesetzt werden. Diese Stellungnahme sollte als Richtlinie den bayerischen Bäckerinnungen dienen, um eine Einheitlichkeit zu bewahren. Im übrigen sollte die Angelegenheit den Kreisverbänden überlassen werden.

Wir werden bald erleben, daß von den Bäckerinnungen erneut der 4-Uhr-Arbeitsbeginn gefordert wird bei einer gleichzeitigen Vorverlegung der Verkaufszeit. Das preußische Ministerium hat mit seiner Verordnung den Bäckergehilfen einen sehr schlechten Dienst geleistet. Wenn vielleicht dort die Meinung bestanden hat, mit der Festsetzung einer früheren Verkaufszeit endlich eine Beruhigung im Bäckergewerbe zu erreichen und den Stürmern auf Wiederzulassung der Nacharbeit den Wind aus den Segeln zu nehmen, so wird es durch die Vorgänge, die sich nunmehr im Reiche abspielen, eines anderen belehrt worden sein. Die Sicherung des Nachtbackverbots kann nur dann erreicht werden, wenn das preußische Ministerium seine Verordnung schleunigst außer Kraft setzt, den Warenverkauf vor 7 Uhr nicht zuläßt und vom Reichsarbeitsminister auf die übrigen Freistaaten ein Druck ausgeübt wird, die nach dem preußischen Muster festgesetzte Verkaufszeit wieder aufzuheben. Solange der Warenverkauf vor 7 Uhr gestattet wird, ist die Gefahr der vollständigen Beseitigung des Nachtbackverbots sehr nahe gerückt.

## Aus der Fischindustrie

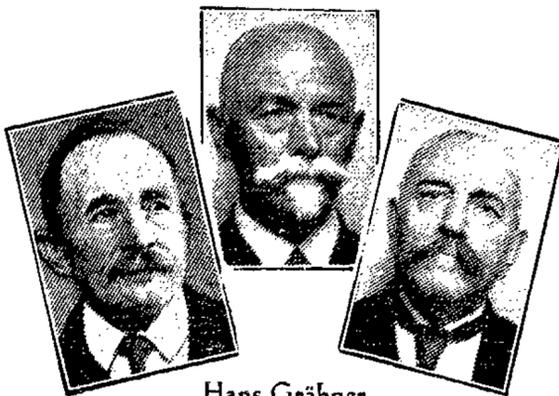
Während der Kriegswirtschaft hat sich die Fischindustrie als ein sehr lohnendes Gebiet erwiesen. So entwickelte sich dieser Gewerbebezirk auch an Plätzen, an denen er bis dahin wenig oder gar nicht herrschte. Es entstand die moderne Fischindustrie in Cuxhaven und Wesermünde. Die Industrie in Eckernförde, Schlutup, Kiel und Altona dehnte sich in dieser Zeit weiter aus. Unternehmungen entstanden, deren Produktionsergebnisse so groß wurden, daß bei voller Ausnutzung aller neuen und alten Anlagen eine Fabrikationsmöglichkeit gewesen wäre, die weit über die Grenzen Deutschlands, selbst bei steigendem Absatz, für lange Jahre hinaus ging. Bald zeigten sich die Fehler dieser überstürzten Entwicklung. Bei diesem Produktionsumfang erreicht kein Unternehmen mehr den Absatz, der der Leistungsfähigkeit seines Betriebes entspricht. Die Folge dieser Entwicklung war, den Umsatz durch Unterbietung des Konkurrenten zu steigern. Die Schleuderei mit den Preisen ging los.

Unternehmen gegen Unternehmen, Ort gegen Ort erheben wechselseitig die heftigsten Vorwürfe gegen dieses geschäftsschädigende Treiben. Verhältnisse, wie sie z. B. in Cuxhaven, Wesermünde, Schlutup, Eckernförde bestehen, bringen es mit sich, daß sich dieser Konkurrenzkampf auf den

Buckel der Arbeiter abspielt, weil diese außerordentlich schlecht organisiert sind. Wären sie so organisiert, wie es zur Abwehr dieser Schleuderkonkurrenz notwendig ist, würden dieser wilden Konkurrenz Zügel angelegt werden können und der Lohndrückerei ein Ende gesetzt. Es rächt sich, daß die Unternehmer 1924 das Verlangen der Arbeiterschaft, für die gesamte Fischindustrie einen Bezirkslohn- und Manteltarifvertrag abzuschließen, ablehnten. Sie haben daher kein Recht, sich nunmehr über diese Konkurrenzverhältnisse zu beklagen. Ein unaufhörlicher Lohndruck wird folgen, bis der Arbeiterschaft fühlbar wird, daß ihr Zusammenschluß in unserem Verband ein Gebot der Pflicht ist.

Die Unternehmer haben in der kommunistischen RGO. einen Helfer gefunden. Diese Verräter an der Arbeiterschaft haben sich auf Grund des Lohnabbaues wie Leichenfledderer benommen. Bei jeder

## 40 Jahre Treue zum Verband



Hans Gräbner  
Lebküchler, Nürnberg  
Eingetr. 1. 1. 1892, jetzt Invalide

Heinrich Blunk  
Böttcher, Kiel  
Eingetreten 8. 8. 1899

Friedrich Vogelsang  
Lebküchler, Nürnberg  
Eingetreten 5. 3. 1892



Fritz Pechner  
Brauereibesitzer, Hannover  
Eingetreten 1. 9. 1892

Johann Pasch  
Brauereibesitzer, Hannover  
Eingetreten 1. 8. 1892

Richard Hartmann  
Lebküchler, Nürnberg  
Eingetr. 15. 10. 1892, jetzt Invalide

passenden oder unpassenden Gelegenheit fallen sie der Arbeiterschaft in den Rücken, auch wollen sie noch die stärkste Waffe der Arbeiterschaft, die Gewerkschaft, zerschlagen. Niemals werden sie das erreichen, sie schädigen aber bestimmt die Fischarbeiterschaft.

Einige Glanzleistungen dieser Leute: In unserem Gebiet werden Flugblätter, Betriebszeitungen verbreitet, die schon äußerlich auf Grund ihres liederlichen Aussehens eine Beleidigung für die Arbeiterschaft darstellen, geschweige denn inhaltlich. Die RGO. sandte eine Fischerarbeiterin zum Antifakriegstag nach Amsterdam. Nach ihrer Rückkehr wurde sie für Betriebsversammlungen mißbraucht. Sie gehörte auch dem Betriebsrat an. Nun mußte ein Reklamestreik für die RGO. gemacht werden: Parole gegen die Papen-Notverordnung. Die RGO. hat in allen Flugblättern und auch bei dieser Gelegenheit den Unternehmern die Notverordnung für die Fischerarbeiterschaft aufzudrängen versucht. Eine Kampfkommission mit dem Betriebsrat sollte mit der Firma verhandeln. Bis zu dieser Verhandlung war die Kampfleitung auf die Hälfte zusammengeschmolzen, ein Kutscher wurde rechtzeitig krank und der andere war rechtzeitig aus dem Betrieb gefahren. Der Unternehmer klagte nun gegen den Betriebsrat auf Enthebung vor dem Arbeitsgericht. Die beiden „Männer“ konnten sich retten, die rote Kollegin jedoch wurde trotz ihrer Beteuerungen, „sie habe vom Streik abgeraten“, aus dem Betriebsrat entfernt. Schade, daß an dieser Stelle die Gerichtsverhandlung wegen Raummangels nicht

wiedergegeben werden kann. Die Kollegin ist inzwischen entlassen und die RGO. mit ihrer Kampfleitung opfert diese Kollegin kampflös auf dem Altar kommunistischer Erkenntnis. Der Streik dauerte über eine Stunde, die Leute waren den Lohn für diese Zeit los und blamierten sich unsterblich vor dem Unternehmer.

In einem anderen Betrieb arrangierte die RGO. auch einen Streik. Der Unternehmer forderte die Frauen ironisch auf: „Meine Damen wollen Sie nicht gefälligst an die Arbeit gehen!“ Und siehe da, es gingen alle wie befohlen an die Arbeit. Die Männer waren schon längst bei der Arbeit und sind bei dieser Aktion überhaupt nicht in Erscheinung getreten, sie haben sich hinter ihre Opfer rechtzeitig verkrochen. Diese heillosen Blamagen sind von der RGO. als große Siege ausgeputzt worden.

Die RGO. hatte in einem anderen Betrieb eine Betriebsversammlung einberufen. 13 Männer (Arbeiterinnen waren nicht erschienen) saßen hilflos beisammen. Plötzlich erschienen wie aus dem Boden gewachsen 15 Nazis in jugendlichem Alter und verlangten die sofortige Aufhebung der Versammlung, dem die RGO. sofort nachkam, um, wie sie sagte, „Blutvergießen“ zu vermeiden.

Einige Proben, wie dieser Büffel im Porzellanladen herumstampft. Assiiert wird die RGO. von der verlogenen „Volkszeitung“, wo es an Kraftartikeln nie fehlt, nur zeigt sich bei den Betriebsartikeln und Arbeiterkorrespondenten immer, wo irgendwie die Zeitung Kritik übt, daß ihre eigenen Leute die Ueberstundenschieber und Tarifbrecher sind.

Die Fischerarbeiterschaft muß sich in ihrem eigenen Interesse unserer Organisation anschließen, die sich auch in heutiger Zeit als ein Bollwerk beweist. Die Hände gefaßt — gemeinsam mit uns vorwärts!  
G. Kunert.

## Magdeburger Mühlenwerke verteilen wieder 10 Prozent

Es konnte an dieser Stelle schon mehrfach darauf hingewiesen werden, daß in der Mühlenindustrie trotz der Krise in diesem Jahr der Reingewinn ebenso hoch oder nur wenig verringert ist gegenüber früheren Jahren. Der Abschluß der Magdeburger Mühlenwerke erbringt die Bestätigung dafür. Der Rohgewinn ist um 130 000 auf 1,39 Millionen Mark gestiegen. Trotz der Abschreibungen, die um 14 000 Mk. höher sind und trotz anderweitiger Abbuchungen ist der Reingewinn gegenüber dem Vorjahr um 13 000 Mk. auf 307 000 Mk. gestiegen. Aus ihm gelangen wie im Vorjahr 8 Proz. Dividende auf Vorzugsaktien und 10 Proz. auf Stammaktien zur Verteilung. Auf neue Rechnung werden 46 748 Mk. vorgetragen. Die Aktionäre der Magdeburger Mühlenwerke werden mit diesem Abschluß zufrieden sein. Ihre Freude wird kaum getrübt werden durch Gedanken, die sich mit der Arbeiterschaft beschäftigen. Sie halten die schwere Arbeit und den Lohnabbau für selbstverständlich und jedes Verlangen nach menschenwürdigerem Leben als überflüssig. An der Arbeiterschaft liegt es, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem in dieser Hinsicht grundlegender Wandel geschaffen wird.

## Mehl- und Brotpreise am 1. Dezember

Wir haben eine günstige Brotgetreideernte nicht nur in Deutschland, sondern auch in den hierfür hauptsächlich in Frage kommenden übrigen Ländern zu verzeichnen. Bei einer nur schwachen Nachfrage infolge der überall herrschenden Wirtschaftskrise ist es kein Wunder, daß preissteigernde Momente am Weltmarkt sozusagen vollständig fehlen. Auch die staatlichen Stützungsaktionen in Deutschland, wie hohe Zölle, Einfuhrscheine bzw. Ausfuhrprämien, Magazinierung usw., können auf die Dauer nicht bewirken, daß die inländischen Getreidepreise weit über den Weltmarktpreis zu stehen haben, zumal wir über eine ausreichende eigene Ernte verfügen. Anfang November zogen die Preise in Deutschland dennoch an, dann traten Preisrückgänge ein, die auch im Dezember noch anhielten; die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft versuchte wiederholt, durch Aufkäufe die Preise zu stützen. Zu dieser rückgängigen Tendenz haben nicht zuletzt auch die unklaren und unsicheren politischen Verhältnisse bei der Regierungsbildung beigetragen. Das Programm der neuen Reichsregierung ist ja auch heute noch nicht bekannt. Wir haben wiederholt betont, daß von dem einseitigen agrarischen Kurs endlich abgegangen werden muß.

Die amtlichen Notierungen an der Berliner Börse stellten sich im Durchschnitt der einzelnen Monatsdrittel des November wie folgt:

	Weizen ab mark. Station (per Tonne)	Roggen ab mark. Station (per Tonne)	Weizen- mehl per 100 kg	Roggen- mehl per 100 kg
1.—10. . .	199,—	157,20	25,95	21,50
11.—20. . .	199,—	157,20	25,90	21,30
21.—30. . .	195,40	155,50	25,60	20,90

Nach der von uns allmonatlich durchgeführten Statistik ist der Durchschnittspreis für 1 dz Roggen-

mehl oder Bäckermehl gleichfalls etwas zurückgegangen; er betrug am 1. November 25,— Mk., am 1. Dezember 24,30 Mk., Der durchschnittliche Preis für 1 kg Roggenbrot betrug am 1. November 35 Pf., am 1. Dezember 34,3 Pf. Nicht berichtet hat diesmal Hamburg. Wir verweisen auf nachstehende Tabelle:

Ort	Preis für 1 kg Roggenmehl (Mischbrot) Pf.		Preis für 1 kg Weizenbrot (Semmel) Pf.		Gewicht des Weizenbrotchens g
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	
Königsberg i. Pr.	22,—	30	36,—	2,5	40
Breslau	21,75	32	27,50	5	66
Crivitz	25,—	30	31,50	2,5	35
Gleiwitz	21,—	30	27,30	5	85
Ratibor	24,50	32	30,—	5	70
Berlin	21,75	32	27,50	2,5	34
Bremen	22,50	38	31,75	2,5	30
Magdeburg	22,—	28	33,—	5	60
Hannover	23,50	30	34,—	2,5	29,5
Leipzig	24,—	30	35,—	3	38
Halle	23,50	29	34,50	2,5	34
Chemnitz	26,—	32	36,—	3	40
Dresden	25,50	33	35,—	4	40—45
Erfurt	24,—	31	35,—	3	40
Nürnberg	27,40	38	36,75	4	46
Landshut	27,—	42	34,—	2,5	33
Würzburg	26,75	37	32,50	5	60
Frankfurt a. M.	23,50	34	31,50	4	40
Freiburg i. Br.	27,—	40	32,50	4	40
Kassel	23,50	30	29,—	3	35
Düsseldorf	25,50	34	35,50	2,5	30—35
Köln	24,50	41	28,50	3	35
Aachen	23,75	49,4	28,—	3	38—40
Krefeld	24,—	36	28,50	2,5	35
Wuppertal	25,50	36	32,50	3	40—45
Essen	28,—	40	38,—	2,5	38
Dortmund	23,50	33	31,—	2,5	35—40
Bielefeld	23,—	34	31,—	2,5	32
München	26,—	42	32,—	4	46
Stuttgart	24,75	33	32,75	4	55—60
Mannheim	22,75	33,3	32,75	4	40
Danzig	17,—	30	24,—	3	45

1) Durchschnittspreis. 2) Feinbrot. 3) Mischmehl.

### Nazi und Religion

Im Auftrage des Oberosaf schrieb ein Hans Heinz Ewers die Biographie von Horst Wessel. Ewers ist auch der Vampir- und Alraune-Dichter. Er ist nunmehr zum Hofdichter der „Braunen Häuser“ avanciert. In seiner „Alraune“ lesen wir folgende Sätze:

„Eines aber können beide gemeinschaftlich tun, was wichtiger wäre als diese Kleinarbeiten. Das ist: das zermorschte Gebilde ihrer Religionen endlich ganz einzureißen. Pfaffentum ist Pfaffentum, ob es nun eine Soutane, ein schwarzes Bäffchen oder einen Talles trägt, und Pfaffentum ist heute die schwärende Eiterbeule unserer Kultur. Innerlich ist jeder gebildete Kulturmensch längst fertig mit den abgestandenen Ideen seiner Religion, längst fertig auch mit der Reservation: Aber dem Volke muß die Religion erhalten bleiben. Darum deutet es mich die erste Pflicht jedes anständig denkenden Menschen, aus seiner Kirche auszutreten, sei er nun Jude oder Christ. Wer aus der Kirche austritt, dient der Kultur, dient der Menschheit.“

Wie würde das christliche Blättchen „Solidarität“ über uns herfallen, wenn wir derartiges schreiben würden, und wie würde sich diese Zeitung empören, wenn wir zum Austritt aus der Kirche auffordern

### Drei Gedichte

zur Erinnerung an die Taten der Bäckersknechte in der Schlacht bei Mühldorf am Inn im Jahre 1322.

Kaiser Ludwig, der threue Höldt,  
Ein Fürst in B-ym auserwöhlt,  
Hat der Becken-Knechtbruderschaft  
Bestellt<sup>1)</sup> mit Briefen großer Krafft,  
Von wegen ihrer ritterlichen that,  
Weil sie Kaiserliche Majestat  
In einer Schlacht erröttet haben.  
Thät sie auch mit dem Haus begaben?<sup>2)</sup>  
Und setzet ihnen in ihr Pannier  
Den Adler schon mit großer Zier.  
Man that in alten Briefen lesen,  
Der Becken-Knecht seynd funff gewesen,  
So dise Bruederschaft habn auffgericht,  
Gott geb alln Bruedern und Schwestern Glück.

Die nachstehenden Verse stehen am sogenannten Bäckershäusl in München:

Als man ein tausend drey hundert Jahr  
Und zwey und zwaintzig zohlen war,  
Nach der Geburth Christi hinforth,  
Hat sich begeben an den Orth.  
Weill die statt noch war schmal und klein,  
Stundt an der stött ein Linden fein.  
Gar oft die Becken-Knecht besonder,  
Hielten ihre Versammlung darunder,  
Brachten ihren Rathschlag zum hauff,

1) Bestellt, bestätigt.  
2) Das Haus steht noch heut in München im „Tal“.  
Die vorstehenden Verse sind daran verewigt.

würden. Sobald aber aus dem Nazilager solche Aufforderung ergeht, schweigt die christliche Schriftleitung am Niederrhein, vielleicht in dem Bewußtsein, daß gewiß aus der engen Verbrüderung zwischen Zentrumspartei und Faschisten auch eine kameradschaftliche Annäherung der christlichen Gewerkschaften mit den Nazis erfolgen könnte.

### Um der Einheit willen!

Wieviel Wahrheit steckt in dem Sprichwort „Einigkeit macht stark“ und welchen tiefen Sinn verbürgt es? Ist nicht der Schwache erst dann mächtig, wenn er zur Einheit hinstrebt in dem Bewußtsein, daß seine Zugehörigkeit zur Einheit dazu beiträgt, einer gewissen Macht Ausdruck zu verleihen? Die Macht ist es erst, derzufolge ich meinen bestimmten Willen durchsetzen kann und dank der es möglich ist, selbstgestaltend an meinen Geschicken teilhaben zu können!

Alles in der Welt hängt von der Macht ab! Wer die Macht hat, dessen Recht ist auf seiner Seite! Und das Recht muß sich dort beugen, wo ihm die Macht entgegensteht. Gerade der Arbeitnehmer hat die Wahrheit dieser Erkenntnis sehr oft zu spüren bekommen. Als einzelner ist er willenlos demjenigen ausgeliefert, der ihn wirtschaftlich beherrscht. Sein Dasein ist Einzelschicksal, dem er nicht entinnen kann! Will er sich aufbäumen gegen die Zustände, die ihm das Elend seiner erbärmlichen Lage zum Bewußtsein bringen, so wird das, sofern er allein steht, ein nutzloses Beginnen sein. Erkennt er aber, daß der Kampf in einer Gemeinschaft Aussicht auf Erfolg verbürgt, weil hier viele, alle mitwirken, dann wird er ein gut Stück Weges weiterkommen. Diese Kampfgemeinschaft für ihn ist die Gewerkschaft. Erst durch die geeinte Kraft, die hier ihren sichtbarsten Ausdruck findet, ist es möglich, Kämpfe zu führen, die zum Erfolg berechtigen. Wer kämpfen will, wer für die Einheit ist, der muß freiheitliche Regungen mitbringen. So ist denn die Gewerkschaft Freiheitsbewegung im wahrsten Sinne des Wortes, die um die persönliche und die wirtschaftliche Befreiung ihrer Mitglieder ringt. Persönliche Freiheit bedingt Unabhängigkeit, wirtschaftliche Befreiung das Recht der Mitbestimmung! Werden beide Rechte ertrotzt, dann bedeuten sie für denjenigen, der sie uns einräumen muß, einen beträchtlichen Verlust, denn er hat ja durch sie profitiert. Ein unfreier, wirtschaftlich beengter Mensch ist und bleibt ständiges Ausbeutungsobjekt, weil er nicht widerstandsfähig ist.

Die Gewerkschaften brachen in jahrzehntelangen Kämpfen diesen Widerstand! Es ist noch nicht allzulange her, da betrachtete es der Unternehmer als Privileg, allein über die Lohnhöhe, die Arbeitszeit, die sozialen Verhältnisse und vieles andere zu bestimmen. Diese Zustände bedeuteten für den Arbeitnehmer die wirtschaftliche Fron. Die mutigsten unter ihnen gingen begeistert im Kampf um die Beseitigung dieser Zustände auf und gründeten den Verband. Die Früchte zeigten sich recht bald. Der Unternehmer mußte Zugeständnisse machen und den Arbeitnehmern viele Rechte einräumen, von denen er sich nur schwer trennen konnte. Das war ja der Sinn der Gewerkschaftsgründung!

Unendlich viel ist im Laufe der Zeit durch die Gewerkschaften geschaffen worden, aber trotzdem noch nicht genug, weil noch ein beträchtlicher Teil der Kollegen abseitssteht. Sie sind zu gleichgültig oder haben den Wert der Einigkeit noch nicht erkannt. An alle ergeht der Ruf, mit uns gemeinsam den Kampf aufzunehmen für die wirtschaftliche und persönliche Freiheit! Die Freiheit ist ein zu kostbares Gut, als daß sie nicht erkämpft sein möchte!

Ein Bruederschaft zu richten auff.  
In der Ehr unser lieben Frauen,  
Thatten die sach fleißig anschauen,  
Legten die Ding dem Kaiser für,  
Und als er verstund ihr begühr,  
Verwilligt er ihnen hertzlich gehrn,  
That sie auch noch darzue hoch verahrn.  
Als der so ihn vergünstigt war,  
Dieweil sie ihn aus der Gfahr,  
Erst in der schlacht erröttet haben,  
That sie darzue noch mehr begaben,  
Ließ ihnen pauen das Häuslein klein,  
Gab ihnen Brieff und sigl drein.  
Vergunnt ihnen auch darneben ehrlich,  
Zuführen des Reichs Adler herrlich,  
Den sonst kein Handwerk fiehren darff,  
Ob es gleich künstlich und scharff.  
So that die Bruederschaft pauen  
Zum Lob Gottes, und unser Frauen,  
Und sich hernach erstreckhen thet  
Bis auff drey hundert Märckt und stätt.

Auf die Schlacht bei Mühldorf selbst und die Heldentaten der Bäckersknechte in derselben bezieht sich das nachstehende dritte Gedicht:

Als man zahlt ein tausent drey hundert,  
Und drey, und zwaintzig auch besundert  
Nach Christi Geburth auserwöhlt,  
That regieren der threue Höldt  
Kaiser Ludwig, gantz offenbah  
Ein fromer Fürst von Bayem war.  
Wider ihn zog gewaltiglich  
Hertzog Fridrich von Oesterrich  
Mit einer grossen Höres Macht.  
Bey Milldorff da geschah die Schlacht.

Von ihr hängt nicht nur die Gleichberechtigung im Lebenskampf ab, sondern sie verbürgt Macht und nochmals Macht, die zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend notwendig ist. Gebt euerem Verband die Macht, indem ihr euch geschlossen hinter ihn stellt und schafft somit den Boden, auf dem die Kämpfe, die zu führen sind, siegreich beendet werden können!

### Die Gelben frohlocken

Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft kämpft erbittert und verbissen um ihre Rechte. Sie weiß, daß die Begleiterscheinung jeder kapitalistischen Wirtschaftskrise unerhörter Sozialraub und ein Raub an kulturellen Errungenschaften ist. Einmütig in dieser Auffassung führen die freien Gewerkschaften einen gigantischen Kampf.

Schon melden sich die gelben Aasgeier, die „Wirtschaftsfriedlichen“ und die Anhänger der „Werksgemeinschaften“ und triumphieren, daß der Arbeiterschaft ein Stück der Errungenschaften nach dem anderen geraubt wird. Aus ihren Organen spricht der Geist der Unternehmer und jeder Artikel ist mit einem Kainszeichen versehen. Jeden aufrechten Gewerkschafter erfaßt ein Ekel, die Schamröle steigt ihm ins Gesicht, und er verwünscht diese gelben Unternehmerschmarotzer, die sich anschicken, ihrer Freude dadurch Ausdruck zu geben, indem sie von der „beginnenden Auflockerung der Tarifstarre“ sprechen. Das war bekanntlich der größte Streich der Reaktion gegen die Arbeiterschaft! Etwas Fluchwürdigeres als diese Einstellung der Gelben zu diesem Frontalangriff der Unternehmer kann es nicht geben! Was meinen die Gelben überhaupt unter „Tarifstarre“? Nichts anderes als was jeder Unternehmersyndikus tausendmal bei Lohn- und Tarifverhandlungen salbungsvoll herunterleierte. Die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die bindende Pflicht des Unternehmers, ihn einhalten zu müssen, und das klagbare Recht des Arbeitnehmers, das sich in Konsequenz dieser Rechtsauffassung ergab.

Die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages war doch Mittel zum Zwecke, die Ausbeutung, die menschenunwürdige Behandlung und die Schmutzkonkurrenz innerhalb des Arbeitsvertrages auszuschließen. Sie war aber auch Garant des Mindestlohnes und ließ tarifvertragliche Abmachungen nicht nur zu papierernen Abmachungen werden. Die Unabdingbarkeit war notwendig, den Unternehmer an die Einhaltung einer vertraglichen Verpflichtung zu zwingen. Der freie Gewerkschafter hat diesen Fragen deshalb eine große Bedeutung beigemessen, weil davon seine Existenz und seine wirtschaftliche Behauptung im Ringen mit dem Unternehmer abhing.

Nun sind es ausgerechnet die Gelben, die noch nie über eine besondere Qualifikation ihrer Gesinnung klagen konnten, die in das Freudengeheul der Unternehmer einstimmen. Jetzt kriechen diese Jammergestalten vor dem Unternehmer auf dem Bauche und lecken ihm die Stiefel. Sie bieten sich dem Unternehmer wie eine allen wohlfeile Dirne an, und wer noch daran zweifelt, dem sei eine Artikelstelle aus dem Kloakenblatt „Arbeit und Recht“ der Deutschen Werksgemeinschaft als Beleg empfohlen. Es heißt dort: „Deshalb . . . wird und muß der nationale Arbeiter jetzt zuerst vor allen anderen Arbeit und Existenzmöglichkeiten erhalten, weil er treu zum Unternehmer steht.“ Solche treuergebenen Kreaturen sind nicht fähig, die Belange der Arbeiter wahrzunehmen, denn wer mit solchen Anbiederungen hausieren geht, hat jedes Recht verwirkt, laut aufzutreten. Das sollen aufrichtige Kolleginnen und Kollegen immer wieder beachten, wenn man sie schmeichelnd umwirbt.

Unglickh thut ob dem Kaiser schweben,  
Der Feind hat ihn gar hart umbgeben;  
Da solches die Becken-Knecht ersahen<sup>3)</sup>,  
Theten sie sich den Kaiser nachen<sup>4)</sup>,  
Trieben mit ihrer Gegenwöhr  
Zurückh das oesterreichisch Hör  
Und errötteten den Kaiser baldt,  
Gewunnen die Schlacht mit großen Gewalt.  
Darauff der Kaiser ihnen mit Zier  
Den Adler setzet in ihr Pannier,  
Bestatt ihnen auch mit großer Krafft  
Unser lieben Frauen Bruederschaft<sup>5)</sup>.  
Bauet ihnen zu Münch auch zu mahl  
Ein Haus, welches ligt in den thal.  
Hängt an der Hochbruckmill<sup>6)</sup> darneben.  
Gott geb den Kaiser das ewig Leben,  
Winschen all Brueder und Schwester<sup>7)</sup> eben.

3) Ersahen, gewahr wurden.

4) Nahen, näherten sich.

5) Bestätigte ihnen die Bruderschaft; ohne solche Bestätigung, die aber auch seitens der Kirche erfolgen konnte, ging es nicht.

6) Neben der Hochbrückenmühle.

7) Zur Bruderschaft, die lediglich religiöse und karitative Aufgaben hatte, die aber zumeist auch eine Art gesellschaftlicher Zusammenschluß war, gehörten fast immer auch die Familienmitglieder, daher hier auch der Hinweis auf die Schwestern.

Zu den drei Gedichten selbst und insbesondere zu ihren sprachlichen und orthographischen Eigenheiten ist zu bemerken, daß sie einer viel späteren Zeit, wahrscheinlich der Mitte bis Ende des 17. Jahrhunderts, entstammen.

# Einnahmen aus Getränkesteuern im Oktober

Die Einnahmen aus der Biersteuer haben sich im Monat Oktober gegenüber dem Vormonat um 4,83 Millionen Mark auf 27,67 Millionen Mark erhöht, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres jedoch um 8,69 Millionen Mark verringert. Die Besserung der Steuereingänge ist auf das warme Wetter zurückzuführen, während das Minus gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen in der herabgesetzten Biersteuer zu suchen ist. Die Biersteuer ist im Haushaltplan mit 300 Millionen Mark eingesetzt. In den ersten 7 Monaten erbrachte sie 167,17 Millionen Mark. Es ist also recht unwahrscheinlich, daß die veranschlagte Summe einkommt.

Aus dem Spiritusmonopol sind im Oktober 10,29 Millionen Mark aufgekommen. Im Vorjahr sind es 14,6 Millionen Mark gewesen. Auch hier dürfte der Rückgang auf die wesentliche Herabsetzung des Steuersatzes zurückzuführen sein. Im Haushalt sind die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol mit 130 Millionen Mark veranschlagt. In den ersten sieben Monaten sind 70,55 Millionen Mark vereinnahmt worden. Der Voranschlag wird sicherlich erreicht, wenn nicht sogar überschritten werden.

Die Schaumweinsteuer ist im Monat Oktober mit rund 300 000 Mark fast genau ebenso hoch wie im Vorjahr. Das Gesamtaufkommen ist mit 4,5 Millionen Mark in Anschlag gebracht worden. Das bisherige Aufkommen beläuft sich auf 2,3 Millionen Mark.

## Vor dem Gefängnis bewahrt

Durch die rührige Tätigkeit der Kölner Kontrollkommission wird in den allermeisten Fällen erreicht, daß die Brotfabriken mit einigen wenigen Ausnahmen die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitsbeginn einhalten. Ein arger Sünder ist der sehr fromme, christliche Brotfabrikant Knäpper, Köln-Klettenberg. Es ist dem Gericht schon bekannt, daß in dieser Brotfabrik die Nachtruhe fast niemals eingehalten wird. Knäpper stellte einen früheren Bäckergehilfen als Nachtwächter an, der in seinem Wachtdienst die notwendigen Vorarbeiten erledigt. Daneben bestellt er noch den einen oder anderen Gehilfen, der schon um 3,45 Uhr bzw. 4 Uhr morgens in den Betrieb geht und die notwendigen ergänzenden Arbeiten in der Backstube macht. Wiederholt ist der Backmeister und der Inhaber vor den Schranken des Gerichts gewesen. Trotz allem scheint es wenig zu nützen. Die Geldstrafen sind wohl noch zu gering. Eine dramatische Verhandlung spielte sich in den letzten Tagen ab.

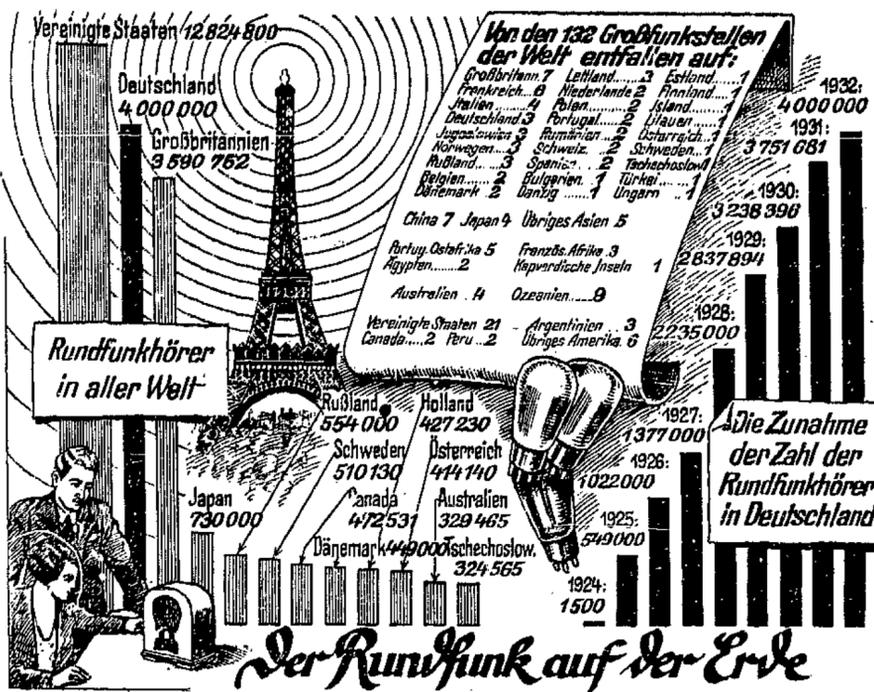
Wiederum waren der Backmeister und der Inhaber angeklagt. Ein Zeuge war bereit zu schwören, daß vor 5 Uhr mit der Arbeit nicht begonnen würde. Der Richter, der durch die Beweisaufnahme, besonders durch die Nichtbeantwortung bestimmter Fragen, sah, daß das Gesetz übertreten wurde, verhinderte im letzten Moment die Abnahme des Eides, um nicht einen Menschen monatelang wegen falschen Eides ins Gefängnis zu bringen. Selbst der Verteidiger, der nach seinen Worten im Gerichtssaal besserer Bäcker ist als die Fachleute, mußte sich vom Vorsitzenden den Hinweis gefallen lassen, seine Ausführungen in einer Bäckerversammlung zu machen, da dem Gericht hinreichend die Argumentation der Übertreter der Nachtruhe bekannt seien. Das Ergebnis war, für den Brotfabrikanten Knäpper eine Geldstrafe von 100 Mk., für den Backmeister L. eine solche von 200 Mk. In diesem Falle ist die Strafe viel zu gering, da ein alter Sünder vor den Schranken des Gerichts stand. Es laufen gegen diese Herren noch zwei Anzeigen aus demselben Anlaß. Die Warnung an die Bäckergehilfen ist in bezug auf diesen Fall besonders am Platze.

Es berührt eigenartig, daß Gesellen zum Schwören, auch wenn es unwahr ist, bereit sind. Ein Menetekel für später, zumal weitere Verhandlungen und auch Zeugenvernehmungen von beteiligten Arbeitnehmern folgen. Der Kampf um die Nachtruhe muß mit aller Energie geführt werden.

## Erfolgreiche Abwehr

Mit dem Kraftfutterwerk „Nagut“, Duisburg, bestand eine Vereinbarung, wonach der Tarifvertrag und das Lohnabkommen für die Rheinisch-Westfälische Mühlenindustrie auch für diesen Betrieb Geltung hatte. Am 30. November wurde diese Vereinbarung gekündigt und ein Lohnabbau von 10 Proz. gefordert. Verhandlungen seitens der Organisation verliefen ergebnislos. Der Schlichtungsausschuß, der daraufhin angerufen wurde, hatte die Neigung, eine Lohnkürzung in Vorschlag zu bringen. Ein derartiger Schiedsspruch wurde verhindert, indem der Antrag auf Vermittlung von seiten des Verbandes zurückgezogen wurde. Eine Versammlung der Belegschaft, die nahezu hundertprozentig in unserem Verband organisiert ist, beschloß einstimmig, die Firma durch

Der Rundfunk hat die Welt erobert und die Radiotechnik wurde zu einem sehr wichtigen Bestandteil unseres wirtschaftlichen, technischen und neuerdings auch politischen Lebens. Durch die Wellentelegraphie kann man mit ganz geringer Energie in Sekundenbruchteilen die größten Entfernungen überbrücken und zwischen den getrennten Erdteilen Telegramme austauschen. Daneben hat sich der Unterhaltungsrundfunk zu einer Kulturbewegung von gewaltigen Ausmaßen entwickelt — solange er nicht nationalistisch mißbraucht wird. Nach den Vereinigten Staaten hat besonders Deutschland das Rundfunkwesen zur Vollendung geführt und neben dem zum Engländer gewordenen Italiener Marconi waren es die Deutschen Hertz, Slaby, Braun und Graf Arco, die als Pioniere der Radiotechnik bahnbrechend wirkten und damit die Grundlagen für die in unserer Bildstatistik gezeigte Entwicklung des Rundfunks schufen. Neben der



Verbreitung von Nachrichten oder Hördarbietungen dürfte in absehbarer Zeit auch der Bildfunk eine Rolle spielen.

ein Ultimatum zu veranlassen, ihre Abbauforderungen zurückzuziehen, und, falls die Firma auf ihrer Forderung bestehen bleiben sollte, in den Streik zu treten. Die Firma hat dann unter dem Druck des Streikbeschlusses ihre Forderung auf Abbau der Löhne zurückgezogen und mit der Organisation eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß auch in Zukunft für das Nagut-Werk der Tarifvertrag für die Rheinisch-Westfälische Mühlenindustrie ohne Einschränkung Geltung habe.

Die „Nagut“-Arbeiter haben auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Geschlossenheit den Lohnabbau erfolgreich abgewehrt; ein leuchtendes Beispiel für diejenigen, die heute noch nicht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation einsehen wollen. Aber auch an die „Nagut“-Arbeiter ergeht die dringende Mahnung, nicht wieder in die frühere Uneinigkeit zurückzufallen und für die Zukunft treu zur Organisation zu stehen.

## Wandert nicht nach Oesterreich!

Durch die wirtschaftliche Notlage sind hunderttausende Menschen auf die Landstraße getrieben worden. Die Wanderungen gehen weit über die Grenzen des Reiches hinweg, und besonders die Nachbarländer wie Oesterreich sind stark mit Reisenden überfüllt. Soweit sie der gewerkschaftlichen Organisation angehören, versuchen sie auch, in anderen Ländern Unterstützung zu erhalten. Wie sehr aber dadurch die Verbandsfinanzen der Organisationen in anderen Ländern beansprucht werden, geht aus einer Mitteilung vom Bunde der freien Gewerkschaften in Oesterreich hervor. Nach dem Bericht der Landessekretariate in Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg hat der Strom der Zuwanderung von Verbandsmitgliedern aus Deutschland solche Dimensionen angenommen, daß die dortigen Gewerkschaften nicht mehr in der Lage sind, Durchreisenden Unterstützung zu gewähren zu können. Allein aus Klagenfurt wird berichtet, daß im vergangenen Jahre über 6000 Schillinge an reichsdeutsche Zuwanderer ausgezahlt worden sind, wodurch die finanziellen Mittel für die Unterstützung der einheimischen Arbeitslosen sehr geschmälert werden mußten. Wir ersuchen auch unsere Mitglieder, davon Notiz zu nehmen. Es liegt in ihrem eigenen Interesse, nicht dorthin zu wandern, wo sie einer noch größeren Verelendung als in ihrer Heimat ausgesetzt sind.

## Hausagitation

Die mühevollste und schwierigste Arbeit zur Machterweiterung für den Verband ist die Hausagitation. Gerade weil die aufgewandte Mühe recht groß, ist auch die Hausagitation die erfolgreichste Arbeit, wenn alle zu ihrer Durchführung erforderlichen Bedingungen erfüllt sind. Liegen die Adressen der Unorganisierten bereit, sind sie in Bezirke eingeteilt und geordnet, kann der Besuch reibungslos vonstatten gehen. Immer zwei Helferinnen bzw. Helfer gehen gemeinsam, um so die Unorganisierten gemeinsam aufzuklären, ihnen die Vorteile und den Nutzen der Organisation klarzumachen. Der Einwände, die gemacht werden, gibt es recht viele. Gerade die ehemalig Organisierten, die jetzt Anhänger der RGO. oder Nazi sind, versuchen den Gewerkschaften alle Schuld für das Wirtschaftselend beizumessen. Sachliche Aufklärung ist dringend notwendig, sie bringt Erfolge. Darum betreibt an allen Orten Hausagitation!

## Wird die Prohibition fallen?

Weihnachten sollte es wieder Bier geben in Amerika. Wahrscheinlich ist, daß es beim Wasser bleibt, denn alle diesbezüglichen Pläne scheinen zu Wasser geworden zu sein. Der noch jetzt amtierende Präsident Hoover hat entgegen aller Erwartung verkündet, daß er gegen einen etwaigen Kongreßbeschuß, wonach Getränke mit stärkerem als einhalbprozentigen Alkoholgehalt gesetzlich zulässig sein sollen, Einspruch erheben werde, Hoover bezeichnet eine solche Aenderung als verfassungswidrig.

Die zweite Enttäuschung gab es wenige Zeit später. In der ersten Sitzung des Repräsentantenhauses am 5. Dezember wurde über eine Resolution abgestimmt, die die Aufhebung des Verfassungsnachtrages vorschlug. Diese Resolution wurde abgelehnt. Den „Nassen“ fehlten allerdings nur fünf Stimmen zur Erreichung der Zweidrittelmehrheit. Wenn diese fünf Stimmen auch bei späteren Abstimmungen fehlen, dürfte es in den nächsten Jahren praktisch unmöglich sein, die Prohibition aufzuheben. Bleibt dann nur der Weg über die Aenderung der Ausführungsbestimmungen. Er kann, wenn Hoover seine Meinung nicht ändert, erst mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten im nächsten Jahr beschrritten werden. Und auch dieser Weg kann durch den allerhöchsten Gerichtshof, der heute noch eine „trockene“ Mehrheit besitzt, verbaut werden.

## Nazibewegung in der thüringischen Fleischwarenindustrie

Die Mitglieder der Gruppe Thüringen im Reichsverband der deutschen Fleischwarenindustrie sind bis auf wenige Ausnahmen Anhänger der Nazipartei. Angeblich ist diese Partei gegen jede Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Trotzdem ist einstimmig beschlossen worden, das Lohnabkommen zu kündigen. In einem Betrieb, dessen Mitinhaber und technischer Leiter ebenfalls Mitglied der Nazis ist, wurde auch auf Grund der Notverordnung eine Lohnsenkung vorgenommen, die im Gesamtausmaß der Löhne 11 Prozent betrug. Ein Teil der Belegschaft ist ebenfalls bei den Nazis und hat sich von ihrem Parteimitglied die Lohnsenkung ruhig gefallen lassen. Nachdem das Lohnabkommen auf dem Verhandlungswege wieder neu vereinbart wurde mit einer Lohnsenkung von 7 Prozent, wurde gleichzeitig vereinbart, daß Lohnsenkungen auf Grund der Notverordnung dadurch aufgehoben sind. Es trat also für die in dem Betrieb Beschäftigten eine Lohnerhöhung von 4 Proz. ein. Leider erhielten die Arbeiterinnen einen weiteren Lohnabbau, da die Notverordnung vom Dezember 1931 die tarifliche Lohnsenkung nicht voll auswirken ließ, da sonst damals der Lohn unter dem Lohn vom 10. Januar 1927 gefallen wäre. Die Nazipartei hat nichts getan, um das zu verhindern, nur unsere Organisation hat die neue Notverordnung zu Fall gebracht, gegen die doch die Nazis am meisten ankämpfen wollten.

Nunmehr hat die thüringische Fleischwarenindustrie uns den Manteltarifvertrag gekündigt. Die Unternehmer, Mitglieder der Nazipartei, unterstützen nach außen hin das Programm der Nazipartei gegen jede weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und beschließen dann einstimmig Abbau der Löhne und sonstige tarifliche Bestimmungen. Ihr Parteiprogramm und die Parole ihres thüringischen Naziführers Minister Saukel kümmert sie nicht. Das Programm gilt nur als Aushängeschild, um in Arbeiterkreisen Gimpelfang treiben zu können. Leider sind auch ein großer Teil der Fleischer-

gesellen in Thüringen Mitglied der Nazi-Partei und Nazizellenbewegung. Das Verhalten ihrer Unternehmer-Parteimitglieder müßte ihnen doch die Augen öffnen, daß sie innerhalb dieser Partei ihre Arbeiterinteressen nicht vertreten können. Es ist höchste Zeit, daß sich die Fleischer der thüringischen Fleischwarenindustrie wieder geschlossen unserer Organisation anschließen, um weitere Verschlechterungen des Tarifvertrages abwehren zu können.

## Die Kaufkraft fehlt

Eine Wirtschaftsankurbelung der Konsumindustrie ist auf die Dauer unmöglich, wenn nicht in gleicher Weise eine Absatzsteigerung eintritt. Keine Absatzbelebung ohne Steigerung der Kaufkraft; es scheint, daß immer mehr Leute von dieser Tatsache überzeugt werden. Zitieren wir einige Stimmen aus dem bürgerlichen Lager:

Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien schreibt zum Schluß eines Ueberblicks über die deutsche Brauereiindustrie: „Die Massenkaukraft ist derartig geschwächt und die Bedarfsdeckung auf vielen Gebieten so in Rückstand gekommen, daß erst eine geraume Zeit vergehen wird, ehe wieder wesentliche Mittel für eine Steigerung des Biergenusses frei werden.“

Das Institut für Wirtschaftsbeobachtung an der Handelshochschule Nürnberg veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Markt der Fertigung“ eine Untersuchung über die Auswirkungen des Papen-Plans. Ueber die Möglichkeiten der Absatzbelebung wird folgendes festgestellt: „Die Lohneinkommen steigen nicht in gleichem Maße wie die Produktion, so daß hierdurch ein gewisses Mißverhältnis zwischen Mehrerzeugung und Kaufkraftzunahme zu entstehen droht. Die starke Senkung der individuellen Lohneinkommen muß zu einer weiteren Bedarfsverlagerung zugunsten des dringenden Bedarfs und der unteren Qualitäten führen.“

Das Vorstandsmitglied der Reichskreditgesellschaft, Dr. Fischer, führte in seinem Vortrag vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über die Ziele der Wirtschaftspolitik u. a. aus: „Die Zukunft der deutschen Ausfuhr wird auf dem Gebiete der Qualitätsarbeit liegen, für die die Devise „gut und nicht teuer“ maßgebend sein muß. Das setzt selbstverständlich auch Qualitätsarbeiter voraus, die Deutschland sich nur bei einem auskömmlichen Einkommen des Arbeiters erhalten kann. Nur, wenn die Kaufkraft der großen Masse gesteigert wird, kann auch die Agrarpolitik einen wirksamen Erfolg haben.“

## Gewerkschafts-Werbung

Noch immer ist die Lohn- und Tariffbewegung wie in früheren Jahren die beste Agitations- und Werbemöglichkeit, bei der alles in Schwung kommen kann, bei der auch die Gleichgültigsten erfaßt werden müssen. Wenn auch von großen Erfolgen in bezug auf Lohnerhöhung oder in der Richtung auf Verbesserung der sozialen Bestimmungen der Rahmentarifverträge nicht mehr viel zu erreichen ist, so bietet zur Zeit der Tarif- und Lohnkampf Ursache, Grund und Gelegenheit genug, die Interessenlosen auf die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation aufmerksam zu machen. Das Vorgehen der Unternehmer im einzelnen Betrieb, wie es in unseren Kleingewerben der Bäckerei, Konditorei, Fleischerei, z. T. in Böttchereibetrieben der Fall ist, zeigt, wie notwendig die geschlossene Organisation ist. Leicht ist die Kraft des einzelnen gebrochen, doch vereinte Kraft ist schwer zu unterjochen.

Die Forderungen der Unternehmer sind maßlos. Sie führen als Unternehmer schärfsten Klassenkampf, nützen die gegenwärtige Situation aus, um Vorkriegslöhne bei wesentlich gesteigerter Arbeitsleistung zu erreichen.

In planmäßiger Weise die Wirtschaftslage der Industrie bzw. des Berufs behandelt, zeigt der Kollegen-schaft, daß nach wie vor die gewerkschaftlichen Forderungen insbesondere in der Gegenwart auf Umgestaltung der Wirtschaft richtig sind und mit allen Kräften durchgesetzt werden müssen. Dazu bedarf es der Mitarbeit der Millionen Gewerkschafter, darum muß jedes Verbandsmitglied für seinen Verband werben.

## Unsere Zeitschriften

**Technik und Wirtschaftswesen.** Das Dezemberheft der Fachzeitschrift für die Getreide, Mehl, Zucker und Kakao verarbeitenden Industrien ist herausgekommen. Aus der Fülle der interessanten Abhandlungen heben wir hervor:

Generatorgas in Bäckereien, Keks- und Waffelfabriken. — Neuzeitliche maschinelle Hilfsmittel für die Mehlverarbeitung. — Roggen und Weizen: ein nahrungsmittelchemischer Vergleich. — Die backtechnische Bedeutung des Fettes. — Bewährte Entlüftungsanlage für kleinere Betriebe. — Elektrische Unfälle. — Feuchtbehandlung der Mehle. — Technisch-wissenschaftliche Umschau. — Mathematisches aus der Praxis. — Arbeitsweise und

-material. — Aus Gewerbe und Industrie. — Rohstoffmarkt. — Fragekasten.

Einbanddecken werden für Verbandsmitglieder zum Preise von 40 Pfennig abgegeben. Desgleichen kann der komplett gebundene Jahrgang, ein stattliches, reich illustriertes und sehr lehrreiches Buch von 368 Seiten, zum Vorzugspreis von 3,— Mk. bezogen werden. Bestellungen sind umgehend durch die Ortsgruppen aufzugeben.

**Fleischer-Fachzeitschrift.** Die Nr. 12 der „Fleischer-Fachzeitschrift“, die mit der Nr. 50 der „Einigkeit“ zum Versand kommt enthält folgende wertvollen Beiträge: Erläuterungen zum Reichsfleischbeschaugesetz. — Das Fleischergewerbe in Sowjetrußland. — Mißbildungen bei unseren Haustieren. — Garnierte Platten für die Festtafel. — Hamburger Rauchfleisch. — Das Dekor im Fleischergewerbe. — Das Kochen der Wurst. — Praktische Arbeitsplatzbeleuchtung u. v. a. Die „Fleischer-Fachzeitschrift“ wird an unsere Verbandsmitglieder kostenlos abgegeben und ist bei allen Funktionären und Ortsgruppenverwaltungen erhältlich.

## Bekanntmachungen des Vorstandes

**Ausschluß:** Auf Antrag der Ortsgruppe Stuttgart wird Georg Bonet, Brauer, geboren am 18. April 1879 in Trutenhof, Buchnummer 249 703, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Der Vorstandsvorstand.

## Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 2. Dezember bis 8. Dezember 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

### Ortsgruppen.

Berlin 422,80, Lübben 100,—, Nordhausen 300,—, Staßfurt 100,—, Zeitz 250,—, Berlin 513,02, Breslau 96,06, Cuxhaven 40,—, Schneidemühl 67,—, Schwabach 200,—, Augsburg 48,20, Bremen 55,02, 22,—, Regensburg 28,14, Würzburg 49,20, Gera 500,—, Plauen 300,—, Saarbrücken 98,16, Bautzen 24,24, Elbing 200,—, Dresden 1000,—, Torgau 150,—, Waren 40,—, Wernigerode 600,—, Zerbst 140,—, Bayreuth 24,24, Essen 30,80, Kulmbach 35,40, Rostock 25,52, Regensburg 600,—, Wuppertal 42,52, Braunschweig 32,48, Görlitz 18,46, Konstanz 150,—, Quedlinburg 100,—, Duisburg 44,96, Erfurt 50,80, Frankfurt/Main 84,56, Heilbronn 21,70, Krefeld 9,—, Mannheim 96,44, München 228,34, Oldenburg 19,44, Stendal 12,74, Stettin 65,42, Leipzig 166,78, Dresden 196,48, Dessau 43,96, Landshut 21,40, Wiesbaden 16,52, Mannheim 500,—, Dessau 180,—, Elbing 200,—, Gerabronn 150,—, Neubrandenburg 100,—, Pößneck 600,—, Magdeburg 93,84, Oldenburg 1000,—, Dortmund 125,90, Münster 16,80, Bielefeld 6001,53, Bochum 926,73, Breslau 2024,60, Dessau 825,30, Dortmund 10 582,83, Duisburg 3495,70, Essen 3711,30, Frankfurt/M. 2786,43, Gleiwitz 1629,51, Krefeld 874,33, Leipzig 4549,94, Magdeburg 2313,08, Wuppertal 3518,65, Düsseldorf 2788,56, München 3382,44, Bitterfeld 250,—, Löbau/Sa. 200,—, Namslau 250,—, Preetz 100,—, Riesa 700,—, Schmolln 50,—, Schönebeck 500,—, Straubing 330,—, Uelzen 300,—, Viersen 750,—, Weimar 115,—, Düsseldorf 126,88, Hameln 600,—, Leipzig 5000,—, Hamburg 327,18, Bielefeld 51,96, 13,—, Mühlhausen 200,—.

### Sonstiges:

Berlin 396,65, 148,35, 127,50, 550,—, 184,84, 309,—, 584,44, 86,52, 275,—, 76,34, 4,20, 150,—, 300,—, 9,50, 86,27, Köln 1300,—, Berlin 100,80, München 104,—, Heilbronn 4,50, Halle 13,24, Wiesbaden 60,—, Mainz 30,—, Berlin 306,65, 203,35, 155,00, 102,50, Bremen 8,50, L. en-walde 2000,—, Augsburg 25,—, Berlin 322,—, 366,60, Köppelsdorf 100,—.

## Korrespondenzen

**Berlin.** (August Schmitz 60 Jahre.) Am 19. Dezember begeht August Schmitz seinen 60. Geburtstag. Mit diesem Tage ist ein Abschnitt seines Lebens beendet, der reich war an Arbeit für seine Berufskollegen und nicht minder reich ist an Erfolgen, die er im Kampfe um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft in den Berliner Brauereien erringen konnte. August Schmitz ist von Jugend auf eng mit der Arbeiterbewegung verbunden. Ihr gehörte seine ganze Kraft, als er noch im Betrieb arbeitete und ihr widmete er sich vollständig, als er 1910 als Angestellter nach Berlin berufen wurde. Das ihm von seinen Kollegen entgegengebrachte Vertrauen wurde vielfach bestätigt und kam am sinnfälligsten zum Ausdruck, als er nach dem Ausscheiden des Kollegen Hodapp zum zweiten Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin gewählt wurde. Wir wünschen den Kollegen Schmitz für die kommenden Jahre dieselbe Rüstigkeit und Schaffensfreude, die ihm in seinem bisherigen Leben im besonders hohem Maße zu eigen war und die ihn immer wieder befähigte, Schwierigkeiten jeglicher Art zu überwinden.

**Gießmannsdorf.** Im Mai 1929 erlitt unser Kollege August Beck einen tödlichen Betriebsunfall. Seine Frau stand mit ihren Kindern mittellos da. Nun zeigte es sich, welchen großen Wert die Organisationszugehörigkeit ihres Mannes hatte. Durch unseren Ortsgruppenvorstand war es möglich, die Vertretung der Frau und der Kinder durch den Sekretär Kollegen Otto Lüttke zu sichern und den Rentenanspruch in zufriedenstellender Weise zum Abschluß zu bringen. Viel Arbeit war bei dem Prozeß erforderlich, der sich über drei Jahre hinzog und erst im Oktober dieses Jahres wurde das Urteil zugunsten der Hinterbliebenen gefällt. Damit ist wiederum der deutliche Beweis erbracht, daß nur durch die Organisation den Familienangehörigen unserer Verbandsmitglieder geholfen werden kann. Niemals wäre die Frau unseres verunglückten Kollegen in der Lage gewesen, in den Genuß der Unfallrente zu gelangen, wenn ihr nicht diese Beihilfe gesichert werden konnte. Der Kollegenschaft ist dieser Ausgang erneut eine Lehre, daß alle ihrer Gewerkschaft angehören müssen, denn nur Einigkeit macht stark!

**Gleiwitz.** (Stipendien für die Fleischer-Hirsche.) Bei der ständig zunehmenden Erkenntnis

der Kollegen, im Deutschen Fleischer-Gesellenbund nichts verloren zu haben, macht sich sein Mitgliederschwund immer mehr bemerkbar. Man muß neue Mittel anwenden, die Kollegen am Gängelband zu halten. Die Bruderschaft Gleiwitz hat deshalb die Dezemberversammlung dazu benutzt, den Knecht Ruprecht erscheinen zu lassen. Wäre es bloß bei dieser Kinderei verblieben, würden wir von diesem Quatsch überhaupt keine Notiz nehmen, obwohl diesem DFB. besser tun würde, nun endlich einmal gewerkschaftliche Auffassungen an den Tag zu legen. Aber wie es beim DFB. nicht anders sein kann, verteilt der Weihnachtsmann Spenden — der Fleischermeister. Erfreut berichtet darüber die „Allgemeine“: „Da die Meister für ihre Angestellten immer etwas übrig haben“, — die „auch in diesem Jahre reichlich spendeten“, konnte der Weihnachtsmann jedem etwas geben. Sieh da! Der DFB. bestreitet ja immer, Geschenke der Unternehmer anzunehmen! Es ist schon so, dafür aber zeigt er sich beim Abschluß von Tarif- und Lohnverträgen um so schlapper. Kein Wunder!

**Görlitz** (Kurt Reibetanz f.). Am 2. Dezember verstarb unser Kollege Kurt Reibetanz, Fleischer. Ein lieber, prächtiger Kollege, der im besten Mannesalter mit 38 Jahren stand, wurde uns durch den Tod entrissen. Schon im Zentralverband der Fleischer warb er unter seinen Berufskollegen für die Idee der Gewerkschaft. Nach der Verschmelzung, trotzdem er in sozial gehobener Stellung sich befand, er war Mitarbeiter und Meister in der bekannten Fleischwarenfabrik Arno O. Reibetanz, warb er für den Verband, im kleinen Kreis auch für den Sozialismus. Er war ein stiller, im Pflichteifer keinem Funktionär nachstehender Kämpfer für die Sache der Arbeiterbewegung. Die Ortsgruppe verliert in ihm einen ihrer besten Mitglieder. Uns allen ist er ein leuchtendes Beispiel von Pflicht- und Ueberzeugungstreue gegenüber dem Verband. Wir werden ihn nie vergessen und ihm allzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

**Kaiserslautern.** Am 3. Dezember fand unser Familienabend statt, dessen Mittelpunkt das dreiaktige Schauspiel „Im Hollerhof“ bildete. Mitglieder der Ortsgruppe, auch Frauen, Töchter und Söhne der Kollegen, waren eifrig bemüht, der Aufführung zum guten Erfolg zu verhelfen. Bezirksleiter Kollege Reichelt begrüßte die Anwesenden in kurzen markanten Worten. Er verwies darauf, daß die Veranstaltung zugunsten unserer erwerbslosen Kollegen stattfindet und dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl mit diesen erneuert und befestigt werde. Von den in großer Anzahl erschienenen Bundesmitgliedern sind wir überzeugt, daß mancher in absehbarer Zeit den Weg zu seiner richtigen Organisation findet. Gegen Mitternacht war der schöne Abend zu Ende und befriedigt gingen alle nach Hause. Herzlichen Dank allen, die zum guten Gelingen beitrugen. G. S.

**Köln a. Rh.** (Bäckereikontrolle.) Durch die Verfügung der arbeiterfeindlichen kommissarischen Verwaltung Preußens, die gestattet, eine halbe Stunde früher mit dem Verkauf von Backwaren zu beginnen, ist der Anreiz zu Uebertretungen des 5-Uhr-Arbeitsbeginns noch stärker hervorgetreten. Mittlere und größere Betriebe, die bestimmte Quanten Weißgebäck herstellen, versuchen vor 5 Uhr die Arbeit aufzunehmen. Drei Wochen Kontrolltätigkeit in der Stadt Köln ergaben, daß 15 Kleinbetriebe wegen Frühbeginn angezeigt werden mußten, wegen Frühverkauf 4, wegen Nichtöffnen der Betriebsräume 4, wegen Sonntagsarbeit 10, wegen verbotenen Sonntagsverkaufs 17. Bei den Brotfabriken sind zwei wegen Frühbeginn, eine wegen Ueberschreitung der Arbeitszeit.

Die raffiniertesten Methoden zur Täuschung der Beamten werden nach wie vor angewandt. Daß Bottiche mit Teig im Aufzug verschwinden, der Schlüssel zum Aufzug bei der Kontrolle nicht zu finden ist, wurde wiederholt festgestellt, daß der eiserne Geselle mehrere Teige macht, ist ebenfalls keine Seltenheit. Noch immer wird ein Betrieb seit Wochen versiegelt, um den Unternehmer zu verhindern, mit der Arbeitszeit früher zu beginnen. Von den Gehilfen wie Lehrlingen muß gefordert werden, dem Verband Mitteilung zu machen, wenn die Arbeit früher aufgenommen wird, damit es gelingt, die Erhaltung der Nachtruhe zu sichern.

**Tönning.** Die Krabbensaison ist beendet, was noch gefangen wird, bringt wenig ein. Trotz der Ungunst der Verhältnisse unterbieten sich die Schälerinnen. Tagesverdienste von 62 Pf. bis 1,50 Mk. sind keine Seltenheit. Die Fischerboote liegen im Hafen und auch der Betrieb der Darre ruht. Alles steht still. Die Arbeiterschaft hofft durch radikale Reden eine bessere Zukunft zu erreichen. Je radikaler die einzelnen, um so gewerkschaftsfeindlicher. Es zeigt sich, wie wenig die KPD. Einfluß auf ihre Anhänger hat. Solidarität im Handeln ist wenig anzutreffen. Je radikaler, desto mehr geneigt für einen Hungerlohn zu arbeiten. Auch in der Fischerei sind die Verhältnisse sehr schlecht. Solange die Beschäftigten nicht erkennen, daß große Worte kein Unternehmer fürchtet, solange bleibt es bei diesen Zuständen. Wenn für die Krabbenschälerinnen auch hier bessere Löhne geschaffen wurden, so durch unseren Verband, der in den anderen Orten durch gute Organisationsverhältnisse an der Westküste Ordnung schaffte. Wann werden in Tönning die Fernstehenden ihr falsches Handeln erkennen?

**Worms.** Die Ortsgruppe ehrte am 27. November ihre Jubilare. Um der Feier einen familiären Charakter zu geben, wurde damit ein Kaffeekränzchen verbunden. Der Besuch war überaus stark. Vorsitzender Kollege Hirsch entbot den Gästen, den Jubilaren, sowie dem Vertreter der Bezirksleitung Gruß und Dank. Kollege Basting, Mainz, hielt die Festansprache, wobei er die Alten an die

Kämpfe früherer Jahre erinnerte und der jüngeren Generation zeigte, welche Macht eine gut organisierte Arbeiterschaft ausüben kann. Der Redner überbrachte den Jubilaren beste Glückwünsche des Verbandsvorstandes sowie der Bezirksleitung, dankte ihnen für die Treue zu ihrer Gewerkschaft und vergaß nicht die Frauen, die ihre Männer im Kampfe um eine Besserstellung der Berufskollegen unterstützten. Ein Hoch auf die Jubilare und den Verband wurde mit Begeisterung aufgenommen. Anschließend sprach Studienrat Heyl, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Konsumgenossenschaft, über die Bedeutung der Verbraucherorganisation. Gegen den Feind Kapitalismus müßten die Heere der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaft und der Kulturorganisationen stehen. In den Dienst dieser vier Pfeiler der modernen Arbeiterbewegung müßte sich jeder vorwärts- und aufwärtsstrebende Mann, aber auch jede Frau einreihen. Diese Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Diesen Ausführungen schloß sich der gemütliche Teil an.

Dr.

**Sozial- und Wirtschaftspolitik**

**Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.** Die Zahl der Arbeitslosen ist, wie die Reichsanstalt in ihrem neuesten Bericht mitteilt, in der zweiten Hälfte des November um 92 000 auf rund 5,36 Millionen gestiegen. Damit hat sich die von den Arbeitsämtern erfaßte Arbeitslosenziffer im ganzen Monat November um 248 000 erhöht. Im Vorjahr bezifferte sich der Zugang der Arbeitslosen im November auf 436 000. In der Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Berichtszeit um 47 000 auf 638 000 gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge stieg um 5000 auf 1,13 Millionen. Etwa 2,78 Millionen bei den Arbeitsämtern eingetragene Arbeitslose erhalten Unterstützung von den Wohlfahrtsämtern der Gemeinden. Ueber die Zahl der Notstandsarbeiter, die Ende November beschäftigt werden, liegen genaue Angaben nicht vor. Es wird jedoch angenommen, daß sie ebenso hoch ist wie Mitte November, nämlich 90 000. Im Freiwilligen Arbeitsdienst ist die Zahl der Beschäftigten um 35 000 auf 285 000 gestiegen.

Die Zunahme der Arbeitslosen ist hauptsächlich auf Entlassungen in den Saisonaußenberufen zurückzuführen. Insbesondere die Landwirtschaft hat zahlreiche Arbeitskräfte freigesetzt. Im Kohlenbergbau hat die Belegung angehalten. In fast allen übrigen Industrien sind neben Neueinstellungen umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden.

**Arbeitslosigkeit in England.** In England ist die Zahl der Arbeitslosen im letzten Monat um 58 000 auf 2,8 Millionen gestiegen. Seitdem die Arbeiterregierung durch eine „nationale Regierung“ abgelöst wurde, hat sich die Beschäftigungslage in England nicht gebessert, so wie es versprochen wurde, sondern verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in dieser Zeit um 185 000 erhöht.

**Bericht des Konjunkturinstituts.** Im letzten Vierteljahrheft des Konjunkturforschungsinstituts heißt es, daß wir seit Mitte dieses Jahres in einem grundsätzlichen neuen Entwicklungsabschnitt in der deutschen Wirtschaftskontunktur stehen. Festgestellt wird, daß die Beschäftigung zum erstenmal seit vier Jahren konjunkturell leicht gestiegen ist. Auch die Produktion und die Umsätze haben sich leicht belebt. Begünstigt waren vor allem die Verbrauchsgüterindustrien. Es wird angenommen, daß die Periode krisenhafter Wirtschaftsschrumpfung damit abgeschlossen und die deutsche Wirtschaft in das Stadium der Depression eingetreten ist, in der Produktion und Beschäftigung nur geringen Schwankungen unterworfen sind. Diese Depression dürfte während des Winters anhalten und im Frühjahr einer fühlbaren Belebung der Wirtschaft Platz machen.

**Unternehmertum**

**Herunter mit dem Brotpreis.** Unser unter dieser Ueberschrift veröffentlichter Artikel hat bei einigen Bäckerinnungszeitungen großes Aergernis erregt. Warum, das wissen sie wohl selbst nicht. Wenn unsere in diesem Artikel vertretene Auffassung gewürdigt worden wäre, dann müßte uns allgemein zugestimmt werden. Wir haben betont, daß einer Senkung des Brotpreises unbedingt eine Herabsetzung der Getreidepreise vorausgehen muß. Die Getreidepreissenkung wird aber im Interesse der Großagrarien von der Regierung verhindert durch den Ankauf größerer Getreidemengen aus Reichsmitteln. Das wissen auch die Bäckermeister so gut wie wir, aber in ihrer verbohrtten Einstellung, die Großgrundbesitzer zu schützen, schädigen sie sich selbst. Wir konnten jedesmal noch sehen, wenn die Agrarier mit großem Geschrei erhöhten Schutz von der Regierung forderten, daß auch viele Bäckerinnungen bereitwilligst diesem Geschrei Unterstützung liehen. Wenn aber das Bäckergewerbe eine gerechte Forderung vertreten hat, scheuten sich die Agrarier nicht, solchen Forderungen in schärfster Weise entgegenzutreten. Bei der faschistenfreundlichen Einstellung in den Kreisen der Bäckermeister haben wir keine Hoffnung, daß es bald anders werden wird.

Fleischermeister können auch anders. Unsere „Einigkeit“ ist dazu berufen, eine scharfe Fehde gegen die

Unternehmer zu führen und alle Vorkommnisse an den Pranger zu stellen, die unternehmerlicher Willkür entspringen. Wir nehmen kein Blatt vor den Mund, bescheinigen aber ebenso eine Tatsache. Deshalb soll anerkannt werden, daß der Fleischer-Obermeister Brinkmann in Duisburg anlässlich der außerordentlichen Innungsversammlung eine erste Mahnung an seine Innungsmitglieder richtete, den Tarifvertrag einzuhalten und die Tariflöhne zur Auszahlung zu bringen. Etwas Sonderliches dabei hat's freilich nicht, denn es ist selbstverständlich, daß abgeschlossene Verträge auch eingehalten werden. Der Vorgang beweist aber, daß es auch Unternehmer gibt, die sich an getroffene Abmachungen halten wollen. Brinkmann bleibt vorerst ein weißer Rabe unter den Innungsgewaltigen.

**Schultheiß verkauft Hefebeteiligung.** Nachdem vor längerer Zeit der Schultheiß-Konzern die ihm angegliederten Zementwerke günstig verkaufen konnte, ist es ihm jetzt um die Abstoßung der Hefeinteressen zu tun. In Frage kommt die Norddeutsche Hefeindustrie A.-G., ein Unternehmen, in dem zahlreiche Hefefabriken vereinigt sind. Von dem Aktienkapital dieser Gesellschaft in Höhe von 13,60 Millionen Mark hat der Schultheiß-Konzern 10,20 Millionen Mark in Händen. Interessant sind die Wege, die zum Verkauf dieser Beteiligung führen sollen. Nach Zeitungsmeldungen soll versucht werden, die außer der Norddeutschen Hefeindustrie A.-G. bestehenden Hefefabriken zu einem Syndikat — ein solches bestand bereits einmal — zusammenzufassen. Dieses Syndikat soll dann neben den syndikatsmäßigen Aufgaben noch die Verwaltung der Norddeutschen Hefeindustrie A.-G. übernehmen. Inwieweit dieser Plan realisiert wird, steht dahin. Aber ob auf diesem Weg oder auf einem anderen, Schultheiß wird auf alle Fälle versuchen, die Hefeinteressen abzustoßen, denn der Wille, sich nur noch auf das Brauereigeschäft zu beschränken, ist nach der Affäre Katzenellenbogen so stark, daß Hindernisse jeder Art überwunden werden.

**Fleischermeister revoluzzen.** Daß auch das Temperament der Fleischermeister gelegentlich mit ihnen durchgeht und „revolutionäre“ Formen annimmt, beweist ein Vorgang in der Schlachterinnung Berlin-Steglitz. Sie beschloß, aus dem Fleischer-Meister-Bezirksverband Berlin auszutreten, worauf sich die Verbandsleitung veranlaßt sah, einen recht liebevollen Brief an die Innung zu senden. Selbst dieser rührselige Brief vermochte nicht, die Abtrünnigen zur Rückkehr zu bewegen. Im Gegenteil, es wurde sogar noch darüber diskutiert, ob die Innung aus dem Fleischermeisterverband ausscheiden soll. Die Entscheidung soll bis zum nächsten Verbandstag in Augsburg aufgeschoben werden.

**Allgemeine Rundschau**

**Reich gegen Schächtverbote.** Allenthalben kann man feststellen, daß in einzelnen Ländern Deutschlands Schächtverbote erlassen werden. Dabei handelt es sich nicht darum, das humane Töten der Schlachttiere zu fördern, sondern um Gesetze politischer Tendenz zu schaffen. Das Reichsinnenministerium hat nunmehr grundsätzlich zu der Frage Stellung genommen, ob ein Schächtverbot, das einen Eingriff in die jüdische Religionsübung darstellt, mit der Reichsverfassung zu vereinbaren sei. Das wurde verneint und festgestellt, daß das Verbot des Schächtens gegen den Artikel 135 Satz 2 der Reichsverfassung verstößt. In der Stellungnahme des Reichsinnenministeriums wird zum Ausdruck gebracht, daß auch diese Reichsstelle der Ueberzeugung sei, die Forderungen auf ein Schächtgesetz entspringe politischen Tendenzen.

**Internationales**

**John Stalf †.** Der amerikanische Brauereiarbeiterverband hat eines seiner ältesten und besten Mitglieder des Vorstandes verloren. John Stalf in Cincinnati, von Geburt Bayer, gehörte seit 1903 dem geschäftsführenden Vorstand an, war Präsident der Lokunion (Ortsgruppe) Cincinnati, Vizepräsident der Gewerkschaftskommission für den Staat Ohio. Kollegen Stalf haben im letzten Sommer, als er mit einem Sängerkorps Deutschland besuchte, eine Anzahl deutscher Ortsgruppenvorstände als einen braven Genossen kennen und schätzen gelernt. Er starb Ende November 1932 an den Folgen einer Operation. Sein Hinscheiden, das einen schweren Verlust für den amerikanischen Bruderverband bedeutet, trifft auch uns. Wir, die wir Stalf als Kollegen, als Menschen und als Verfechter der Kollegeninteressen kannten, werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

**Verbot der Gewerkschaftspresse in Ungarn.** Unsere Bruderorganisation der „Lebensmittelarbeiter“ veröffentlichte einen Artikel über das Verbot der Nacharbeit in den Bäckereien. Er nahm scharf zu dem Vorgehen der Bäckermeister Stellung, die durch eine Abordnung bei der Regierung wieder versuchten, die Wiedereinführung der Nacharbeit und Aufhebung des gesetzlichen Verbots zu verlangen. Deshalb wurde der Verfasser des Artikels Kollege Gregor Marosan wegen Aufreizung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Auch im Organ der Metzgerorganisation der „Metzgereiarbeiter“ wurde in Artikeln auf die allbekannte Tatsache hingewiesen, daß Berge von Weizen und Kaffee ins Meer geschüttet werden, während Millionen von

Menschen in der Welt hungern müssen. Der Verfasser wurde vor die Schranken des Gerichts gezogen und mußte auf drei Monate ins Gefängnis wandern. Diese ungeheuerlichen Vorgänge müssen zum schärfsten Protest aufreizen. Auch die Terrorregierung in Ungarn wird es mit ihren unmenschlichen Urteilen nicht fertigbringen, die Gewerkschaftsbewegung zu vernichten.

**Literatur**

**Selbstverwaltung, Aufsicht und Wahlen in der Sozialversicherung.** Von F. Okraß, Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. Heft 26 der Fortbildungsschriften für Angestellte in der Sozialversicherung. 32 Seiten. Preis 1 Mk. Verlag: ZdA., Berlin W 57, Potsdamer Straße 75.

Ein nützliches Büchlein, das sich viele Freunde erwerben wird, denn auf knappem Raum ist in ihm alles enthalten, was der ehrenamtliche Mitarbeiter in der Sozialversicherung über seine Aufgaben und seine Wahl wissen muß. Ein gut gegliedertes Stichwortverzeichnis erleichtert die Handhabung der Broschüre.

**Briefe an einen Arbeiter.** Von Upton Sinclair. Mit 20 Zeichnungen. 189 Seiten. In Leinen. Preis 3,80 Mk. Für Mitglieder der freien Gewerkschaften 2,50 Mk. Verlag des ADGB., Berlin SW 19, Inselstraße 6.

19 Briefe enthält dieses Buch, die Sinclair an einen alten Arbeiter schrieb und diesem in einfacher, ungemein lebhafter Weise jede Art der Ausbeutung des modernen Kapitalismus schilderte. Das Buch gibt eine Fülle vor interessanten Tatsachen und Einzelheiten aus dem Leben mit sprühendem Witz, beißendem Spott in humorvoller Darstellung. Es ist nur zu wünschen, daß dieses in jeder Beziehung wertvolle Buch weite Verbreitung findet.

**Die sieben Schwestern.** Roman. Von Karin Michaelis. 324 Seiten. In Hableder gebunden. Preis 3,80 Mk. Volksverband der Bücherfreunde, Berlin-Charlottenburg.

In Form von Briefen, die sich sieben Schwestern schreiben, hat die Verfasserin alle Seiten des weiblichen Wesens berührt und sie in anerkennenswerter Vollkommenheit zur Darstellung gebracht. Die Gedankenwelt des Mädchens, der Frau, des Kindes erschließt sie und entwickelt aus ihr das Wesen der Liebe, der Ehe und der Familie. Alles Leid und alle Freude, denen ein Frauenschicksal unterworfen ist, tragen die Menschen dieses Buches in all ihren verschiedenen Nuancierungen.

**Körperschönheit trotz Mutterschaft.** Von Lisa Mar und Dr. med. H. Balzli. Mit 18 Bildern auf Kunstdruckpapier. 23 Seiten. Preis 1,10 Mk. Erschienen im Süddeutschen Verlagshaus, Stuttgart, Birkenwaldstraße 44.

Gesundheit ist die Voraussetzung aller wahren Schönheit, und darum muß gerade die werdende Mutter eine sorgfältige Gesundheitspflege treiben. Ausgezeichnete Anleitungen zu dieser Gesundheitspflege enthält dieses Büchlein.

**Die Scholle.** Roman. Von V. B. Ibanez. Reich illustriert. 197 Seiten. In Leinen Preis 1,60 Mk. Ein Weihnachtsgeschenk für die Mitglieder der Büchergilde. Verlag: Die Büchergilde, Berlin SW 61.

„Die Scholle“ ist das Erstlingswerk des mutigen Vorkämpfers der spanischen Republik. Es gehört heute noch zu den meistgelesenen Büchern in Spanien. Ibanez hat hier den Jahrhundert alte Kampf um die Scholle fesselnd geschildert. Wir lernen das Dasein der spanischen Bauern und Landproletarier kennen und begreifen ihren Haß gegen ihre Ausbeuter, diesen Haß, der eine der Ursachen der sozialen Umwälzung im heutigen Spanien ist. In Europa ist dieses Buch bereits in mehr als 2 Millionen Exemplaren verbreitet. Daß die Büchergilde es auserwählt hat, um es zum Vorzugspreis an ihre Mitglieder abzugeben, ist ihr hoch anzurechnen.

**Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften.** Von Theodor Leipart. Vortrag in der Bundesschule in Bernau. 22 Seiten. Preis 30 Pfennig. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin SW 19.

Leiparts Rede in der Bundesschule des ADGB. ist richtunggebend für das, was wir wollen. Sie ist das Bekenntnis zum demokratischen Kulturideal, einer Kultur, die von den lebendigen Kräften getragen wird, die aus der Arbeiterbewegung erwachsen. Die kämpferische Note, die aus den Worten Leiparts spricht, gibt seiner Rede starke verbende Kraft. Sie wird dadurch zu einer wirksamen Waffe für alle, die im gewerkschaftlichen Kampf stehen.

**Rassenkunde? Rassenwahn? Wissenschaft gegen demagogischen Dilettantismus.** Von Prof. Dr. Hedler. 66 Seiten. Preis 75 Pfennig. Erschienen im Dietz-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

In dieser aktuellen Abhandlung wird untersucht, was man als Ergebnis objektiver Forschung auf dem Gebiet der Rassenkunde betrachten kann und was politisch interessierter Dilettantismus alles geleistet hat. Die Feststellung des Rassenbegriffes, Rassenmerkmale, Entstehung der Rassen und deren Kreuzung werden erklärt. Die Judenfrage wird in einem besonderen Abschnitt untersucht.

**Die besonderen Unfallgefahren in der Margarine-Industrie, in der Konserven-Industrie, in den Teigverarbeitungsunternehmen und in der Zuckerwarenindustrie.** Von Georg Urban. Direktor und Oberingenieur des technischen Aufsichtsdienstes der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft.

Unsern Kollegen Willi Keme und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die Kollegen der Ortsgruppe Goslar a. Harz

Unsern Kollegen Nikolaus Kirck, Küfer, nebst seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Ortsgruppe Trier

Unsern Kollegen Wilhelm Dietz und seiner lieben Frau in Dietz an der Lahn, zur Silberhochzeit nachträglich die besten Glückwünsche. [1,50]

Die Ortsgruppe Koblenz [1,50]

Unsern Kollegen Alwin Wittmann nebst Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,20]

Ortsgruppe Coburg

Unsern Kollegen Adolf Gatzten nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Monheim-Hildorf

Unsern werten Kollegen Adolf Kirchner und seiner lieben Selma die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,40]

Die Kollegen der Hülbermühle A.-G. und die Ortsgruppe Reichenbach, Eulengebirge

Unsern lieben Kollegen Anton Trappen nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [2,10]

Die Belegschaft der Braugemeinschaft Düsseldorf

**Nachruf!**

Am 29. November 1932 starb unser lieber Kollege

Georg Röpke

im vollendeten 55. Lebensjahr. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [3,60]

Zahlstelle Stadthagen, Sch.-Lippe

# Frauenrecht

## Frauen und Gewerkschaften

Es liegt nahe, anzunehmen, daß die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit, die Senkung der Gehälter und Löhne und die damit verbundene Verschlechterung der Lebenslage auch auf die Arbeit der Frauen in den Gewerkschaften verhängnisvoll eingewirkt hätte. Viele Frauen sind entlassen worden. Andere sind mit häuslichen Sorgen überhäuft, denn ihre Männer sind arbeitslos. Es fehlt am Notwendigsten für die Kinder. Es ist ein Zeichen für den Lebensmut der werktätigen Frauen und zugleich für ihre starkes Bewußtsein vom Werte ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit, daß in dieser schweren Notzeit, die an den einzelnen die höchsten Anforderungen stellt, die Mitarbeit der Frau in der Gewerkschaft nicht nachgelassen hat. So waren im Fabrikarbeiter-Verband im Jahre 1929 6,7 Proz. Frauen in den Betriebsvertretungen tätig, und diese Zahl stieg innerhalb der Krise auf 7,3 Proz. In den beiden Gauen Nord- und Südbayern ist beispielsweise die Anzahl der Frauen in den Betriebsvertretungen der Buchbinder höher als die entsprechende Zahl der Männer. Einen interessanten und aufschlußreichen Einblick in die Arbeit der Frau im Gewerbe der Hotelangestellten bildet das „Jahrbuch der Hotelangestellten“. Im Jahre 1930 wurden hier 8 Proz. der Gesamtzahl, das sind 257 weibliche Betriebsvertretungsmitglieder gewählt, und zwar 214 Verbandsmitglieder und 22 Mitglieder anderer freier Gewerkschaften. Auf die freien Gewerkschaften entfallen insgesamt durchschnittlich fast 92 Proz. der Betriebsvertretungsmitglieder, davon auf den Verband der Hotelangestellten allein nahezu 84 Proz. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie die freien Gewerkschaften die Mitarbeit der arbeitenden Frauen bei den Betriebsvertretungswahlen unterstützen und fördern.

Es ist gerade heute, in der Zeit des schärfsten Abwehrkampfes gegen den Faschismus, sehr lehrreich, diesen Zahlen einen Bericht des italienischen Landarbeiterkongresses entgegenzuhalten, der Ende September 1931 in Mailand tagte. Ein „Kongreß“ — man berief ihn ein als Nachahmung der Kongresse der einstigen freien Gewerkschaften, die heute in Italien unterdrückt sind. Früher bedeutete ein Kongreß etwas für den italienischen Arbeiter. Hier konnte er zu Wort kommen; hier hatte er die Möglichkeit, seine Beschwerden, seine Wünsche vorzubringen. Heute aber hat er keine Stimme mehr, sondern er muß gehorchen. An die Stelle der freien Gewerkschaften ist das faschistische Syndikat getreten. Das Syndikat bestimmt Arbeitsvertrag und Lohn; der Landarbeiter hat sich zu fügen. Ganz zu schweigen von der Landarbeiterin, die schon gar nicht zu mucksen wagt. Il patrone, der Großgrundbesitzer, hat die Macht, und er nutzt sie aus. Von Zeit zu Zeit wendet er sich an das Syndikat und „verhandelt“ mit ihm. Das geht dann so vor sich: Der Großgrundbesitzer klagt bitterlich über die „Not der Landwirtschaft“ und behauptet, daß die „Wirtschaftslage“ sich doch im Laufe der letzten Wochen erheblich geändert, d. h. verschlechtert habe. Also könne er den letzten Tarifvertrag un-

möglich einhalten. Das Syndikat müsse ihn ändern. Daß diese „Änderung“ sich dann in eine Herabsetzung der Landarbeiter auswirkt, liegt auf der Hand, denn der „arme“ Großgrundbesitzer kann doch unmöglich in dieser Notzeit noch mehr Opfer bringen. Aber damit ist die Tragödie für den Arbeiter noch nicht zu Ende. „Il patrone“ versucht vielmehr, irgendeinen Weg zu finden, auf dem er auch diesen neuen Tarifvertrag nicht so „streng“ einzuhalten braucht. Dem Arbeiter bleibt also nichts anderes übrig, als sich bedingungslos zu fügen oder zum Syndikat zu laufen und sich zu beschweren. Das Syndikat ist dann auch schließlich großmütig genug, auf gütlichem und endlich auf dem Wege der Klage den Großgrundbesitzer zur Einhaltung des an sich schon sehr ungünstigen Vertrages zu veranlassen und der Landarbeiter muß dann noch „Danke

der Lasten und Opfer. Und doch ist die Lage des deutschen Arbeiters im Vergleich mit dem italienischen Arbeiter noch verhältnismäßig günstig zu nennen. Auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterin genießt den Schutz ihrer Organisation, die nicht wie das italienische Syndikat die Interessen des Unternehmers, sondern wirklich die des Arbeiters vertritt. Auch heute noch bedeuten die freien Gewerkschaften in Deutschland ein festes Bollwerk der Arbeiterschaft, das der Faschismus vergeblich zu sprengen versucht hat. Was eine Vernichtung der freien Gewerkschaften für Arbeiter und Arbeiterin bedeutet, das zeigt klar und eindeutig das Beispiel Italiens. Für die deutsche Arbeiterin aber muß heute stärker als jemals die freie Gewerkschaft in Verbundenheit mit der Sozialdemokratie das große Kampfmittel sein, dessen sie sich bedient, um Reaktion, Unternehmertum und Faschismus in die Knie zu zwingen. M.

## Ausgebeutete Kinder

Kinder gehören nicht ins Erwerbsleben. Aber die Zahl der Kinder, die dennoch gewerblich tätig sind, ist sehr groß. Das zeigen uns die Untersuchungen, die man hier und dort anstellte.

So hat man diese Verhältnisse kürzlich in Lüdenscheid durch eine Umfrage festgestellt. Und da ergab sich, daß von 3513 Schülern unter 14 Jahren gegen Lohn beschäftigt waren: 679 Kinder in Heimarbeit, 120 Kinder beim Austragen von Waren, 74 Kinder in Hausarbeit bei Fremden, 49 Kinder mit der Beaufsichtigung von Kindern in anderen Familien. 18 Kinder waren in der Landwirtschaft beschäftigt und 9 Kinder im Handelsgewerbe.

Damit leisteten 20,01 Proz. der Kinder Arbeit für andere. Jedes fünfte Kind verdiente Geld für die Familie, zu der es gehörte.

Und wenn darunter natürlich die Schularbeiten leiden und das Kind vielleicht nicht gut mitkommt, dann erklärt der Philister: die intellektuelle Begabung ist im Arbeitsvolke nicht so groß!

Einem amtlichen Bericht ist zu entnehmen, daß in Bombay im Jahre 1931 3841 Kinder in den Fabriken beschäftigt waren, während die entsprechende Zahl sich im Jahre 1930 auf 4389 belief. Ferner stellt der Bericht betreffend die Durchführung des Fabrikgesetzes von 1911 in Birma fest, daß in dieser Provinz die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder im Jahre 1931 574 gegenüber 622 im Jahre 1930 betrug.

Der Bericht betreffend die Durchführung des indischen Fabrikgesetzes in Bengalen stellt für das Jahr 1931 eine auffallende Abnahme der beschäftigten Kinder in den erfaßten Betrieben fest. Die Durchschnittszahl der in diesen Betrieben beschäftigten Kinder belief sich im Jahre 1931 auf 7281 gegenüber 16 630 im Jahre 1930 und 23 036 im Jahre 1929.

## Vorwärts, durch!

Geradeaus den Blick  
und nicht zurück geschaut;  
für uns, da gibt es kein Zurück;  
wer dies tut, der hat auf Sand gebaut.  
Und wir?

Wir bauen nicht auf Sand,  
das soll nur keiner denken;  
wir haben unser Tun fest in der Hand  
und werden wissen es zu lenken  
auch im neuen Jahr.

Da werden wir, wie im alten,  
stets, wie es immer war,  
unsern Weg uns selbst gestalten.  
Darum, Kollegen, alle Mann,  
es gibt für uns nie ein Zurück;  
denkt auch im neuen Jahr daran:  
Vorwärts, durch,  
geradeaus den Blick!

Kurt — ck., Berlin.

schön!“ sagen und ein Hoch auf Mussolini und den Faschismus ausbringen, wenn er endlich seinen um die Hälfte gekürzten Lohn in Händen hält.

Kehren wir nach Deutschland zurück! Zweifellos hat die deutsche Republik schwer zu leiden unter den Auswirkungen des verlorenen Krieges, unter Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Was man von einer Herabsetzung der Preise erhofft hat, ist nicht eingetreten — nur Löhne und Gehälter sind gekürzt worden. Das arbeitende Volk trägt den Hauptteil

## Marseiller Fischer

Von Marseille aus nahm mich Fezzara II mit zum Fischfang aufs Mittelmeer. Es war schwer gewesen, vom Kapitän die Erlaubnis dazu zu erhalten. Dieser kleine Dampfer war nicht für Reisende und schon gar nicht für Frauen eingerichtet. Der ganze Luxus für die zehn Mann der Besatzung bestand in einer engen, harten Koje zum Schlafen und in ein paar alten Kisten auf Deck, auf denen sie beim hastigen Essen hockten. Es war verwunderlich, daß die Leute überhaupt noch Zeit zu privaten Dingen fanden und bei guter Laune waren. Denn pünktlich nach der Uhr alle drei Stunden rattern die Dampfwinden los und ziehen die vierhundert Meter langen Trossen ein, an denen das riesige Sacknetz weit hinter uns über den Meeresboden schleppt. Und während der Dampfer langsam wieder in die Fahrtrichtung dreht und die Trossen mit dem zweiten Netz am Heck wieder ins Meer gelassen werden, entknoten die Männer am Bug die dicke Schnur, die das dreißig Meter lange Sacknetz unten zusammenhält. Ueber Hände und Füße stürzt ihnen die Beute — mehr als hundert Kilo sind es jedesmal. Gleich darauf kauert die ganze Mannschaft um den zappelnden Berg und sortiert ihn in große Kästen. Zwei, drei Fischarten stechen mit giftigem Stachel oder spitzem Schwanz. Die fliegen unter den Füßen der Männer wieder zurück ins Meer. Die Hände und Füße der Männer sind zerstoßen und zerrissen, ausgelangt von dem scharfen Salzwasser und dicht mit schwärzenden Wunden bedeckt.

Solari, den Dämmsten und Dreckigsten, hat man zum Koch gewählt. Wenn der Fang nicht zu groß oder das Meer nicht zu unruhig und darum ein Mann entbehrlich ist, so waschen und verstauben die andern

die Fische und säubern das Boot auch ohne ihn. Dann kriecht Solari nach dem kleinen Herde und bereitet irgendein Fischgericht: Fisch zum Morgen, Fisch zum Mittag, Fisch zur Nacht, auf dem Rost gebraten oder auch zur berühmten Fischsuppe „Bouillabaisse“ gekocht. Bei schlechtem Wetter aber hat niemand für diese Dinge Zeit und Lust. Dann essen einige von ihnen einfach die kleinsten Fische roh oder ziehen kleine Quallen durch ein schmutziges Häufchen Salz und schlucken sie wie Austern. Im übrigen gibt es trockenes Weißbrot, und jeder gießt sich nach Belieben riesige Mengen von Rotwein gleich aus der dicken Flasche in den Hals. Die kurze Stunde, die danach noch bleibt, liegen sie dann wie tot in ihrer Koje. Doch ist das immer eine schwere Ruhe, die sie dort finden. Im Sommer steht die Hitze dick in den winzigen Räumen. Während des Herbstes und Winters aber jagt der Sturm und bringt das kleine Schiff zum Schaukeln. Zu dieser Zeit ist auch die Arbeit doppelt schwer. Das Wasser, das beim Netzeziehen auf die Männer niederregnet, ist eisig kalt, die Hände sind klamm und müssen unaufhörlich nach einem Halt suchen, und die Füße glitschen über die nassen Planken und die zappelnde Beute. Und doch hat all das Schuffen der Männer keinen Sinn, wenn sie zu wenig nach Marseille bringen. Denn sie werden nach dem Fang bezahlt. Vom Gesamterlös werden zunächst die laufenden Kosten für Kohle, Oel, Essen der Mannschaft und andere Dinge gedeckt. Der Rest wird in vierundzwanzig gleiche Beträge aufgeteilt. Davon erhält der Schiffbesitzer und Unternehmer zwölf, und die letzten zwölf bleiben schließlich den zehn Mann der Besatzung. Im Durchschnitt verdienen sie im Monat wohl hundertfünfzig Mark. Ein echter Franzose drängt sich zu solch einer

harten, schmutzigen und schlecht bezahlten Arbeit nicht. Er überläßt sie gern denen, die aus aller Herren Länder nach Frankreich kommen. Auf Fezzara II waren von zehn Mann der Besatzung nur drei Franzosen. Drei waren Italiener, zwei Algerier, der Heizer war ein Araber und der Jüngste am Bord ein Bulgare. Bis sie sich hier zusammenfinden, liegt schon ein ganzes Schicksal hinter ihnen. Aber die Erinnerung daran ertrinkt im grauen Einerlei ihres Tageswerks ebenso wie die Buntheit ihrer Sprachen und Sitten. Nur bleibt jeder ein Einzelgänger; keiner fühlt sich mit dem andern solidarisch. Hinzu kommt, daß eine unauslöschliche Unruhe sie treibt.

Unter der Woche kehren sie nur nach zwei, drei Tagen in später Nacht zurück, um die Fische auf den Markt zu bringen, und am andern Morgen geht es wieder hinaus aufs Meer. Nur wenige Lichtpunkte zeigt ihr Leben: Hochzeit, Kindtaufe, Kommunion. Und diese Tage feiern sie mit ungeheuren Prunk. Sie stellen für eine Woche ganz die Arbeit ein, mieten sich Autos, kaufen sich teure Kleider, essen, trinken, laden alle Welt zu Gast. Bei solchen Festen sieht man Frauen, die zum erstenmal in ihrem Leben einen Hut auf dem frisierten Kopf tragen, und Männer in den ersten Lederschuhen. Unter der Last der Schulden seufzen sie dann bis an ihr Ende. Niemals in ihrem Leben haben sie etwas gelernt. Nur wenige von ihnen können lesen und schreiben. Gerüchte finden hier den besten Boden. So fragte mich an Bord einmal der Italiener Guido: „Ist es wahr, daß sie in Deutschland den Kaiser wieder haben und jetzt Krieg gegen Frankreich machen wollen?“ Das klang, als wenn er sich nach den Hottentotten erkundigte.

Lilo Linke.